



Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA  
Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers FINMA  
Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari FINMA  
Swiss Financial Market Supervisory Authority FINMA

7. APRIL 2016

# Enforcementbericht 2015

Im Jahr 2015 veröffentlichte die FINMA fünf Medienmitteilungen zum Abschluss bedeutender Enforcementverfahren. Diese zeigen freilich nur einen Bruchteil der Aktivitäten des rechtsdurchsetzenden Teils der FINMA. Um eine grösstmögliche Transparenz zu erzielen, publiziert die FINMA jährlich anonymisierte Kurzbeschreibungen ihrer Fälle im vorliegenden Enforcementbericht. Dieser ergänzt den Überblick über das Enforcement der FINMA in ihrem Jahresbericht.

Der Enforcementbericht zeigt das breite Spektrum der rechtsdurchsetzenden Tätigkeit der FINMA. Diese engagiert sich nicht nur in publikumswirksamen Fällen. Vielmehr sorgt sie auf dem gesamten Finanzmarkt für die Einhaltung des Aufsichtsrechts und die Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustands. Demgemäss will der Enforcementbericht auch Signalwirkung und einen vorbeugenden Effekt erzielen. Er zeigt auf, welche Handlungsweisen die FINMA nicht toleriert und wie sie dagegen vorgeht.

Verstärkt verhängte die FINMA im Jahr 2015 Massnahmen gegen fehlbare Mitarbeitende und Organe beaufsichtigter Institute. In rund einem Dutzend Fällen sprach die FINMA Berufsverbote aus. Vermehrt, gerade bei Massnahmen gegen natürliche Personen, werden die Verfügungen der FINMA mit Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht angefochten. In zwei Urteilen aus dem Jahr 2015 hat das Bundesverwaltungsgericht die Berufsverbotspraxis der FINMA gestützt.

Die FINMA schreitet nur dort rechtsdurchsetzend ein, wo effektiv ein Fehlverhalten festzustellen ist. Wie im Statistikteil dieses Berichts ersichtlich, stehen den 794 Abklärungen des vergangenen Jahres 55 abgeschlossene Enforcementverfahren gegenüber (Amtshilfverfahren und Insolvenzgeschäfte nicht berücksichtigt). Dieses Verhältnis widerspiegelt die Enforcementpraxis der FINMA: Nur wenn die Abklärungen ergeben, dass begründete Anhaltspunkte für eine schwere Verletzung von Aufsichtsrecht vorliegen und es unumgänglich ist, Massnahmen zwangsweise durchzusetzen, eröffnet die FINMA ein Verfahren. Zumeist jedoch lässt sich der ordnungsgemässe Zustand ausserhalb eines Verfahrens und bereits in der laufenden Aufsicht wieder herstellen.

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>4</b>	<b>KASUISTIK FINMA</b>
4	<b>Übersicht</b>
5	<b>Bewilligter Bereich</b>
12	<b>Marktaufsicht</b>
17	<b>Unerlaubt tätige Finanzdienstleister</b>
30	<b>Insolvenzentscheide</b>
35	<b>Übernahmen und Offenlegung</b>
37	<b>Internationale Amtshilfe (Auswahl)</b>
<b>41</b>	<b>GERICHTSENTSCHEIDE</b>
41	<b>Übersicht</b>
42	<b>Bewilligter Bereich</b>
42	Urteile des Bundesgerichts
42	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
43	<b>Unerlaubt tätige Finanzdienstleister</b>
43	Urteile des Bundesgerichts
44	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
45	<b>Insolvenzentscheide</b>
45	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
46	<b>Internationale Amtshilfe</b>
46	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
<b>47</b>	<b>STATISTIK</b>
47	<b>Allgemeine Statistiken</b>
47	Abgeschlossene Enforcementgeschäfte
49	Abklärungen
51	Enforcementverfahren
52	Insolvenzgeschäfte
53	Internationale Amtshilfe
55	<b>Verfügungen in Enforcementgeschäften</b>
55	Allgemein
57	Bewilligter Bereich und Marktaufsicht
57	Unerlaubt tätige Finanzdienstleister
58	Massnahmen
59	<b>Gerichtsentsehide</b>
60	<b>Anzeigen an Strafverfolgungsbehörden</b>
<b>62</b>	<b>ABKÜRZUNGEN</b>

---

### Übersicht

Die FINMA berichtet in diesem Kapitel in kurzer und anonymisierter Form über Verfügungen, die sie im Rahmen ihrer Enforcementtätigkeit erlassen hat (Art. 22 Abs. 1 FINMAG). Ein Anspruch auf inhaltliche Vollständigkeit besteht nicht.

Die FINMA veröffentlicht grundsätzlich zu all ihren Enforcementfällen, soweit das Verfahren nicht eingestellt wurde, eine Zusammenfassung. Sie sieht hiervon nur ab, wenn sie gegenüber den Parteien die Übermittlung, die Veröffentlichung oder die Weitergabe der betreffenden Akten gestützt auf Art. 42c Abs. 5 FINMAG von ihrer Zustimmung abhängig gemacht hat. Dies betrifft zwei Verfahren des Berichtsjahrs. Ausserdem wurde im Bereich der Internationalen Amtshilfe, aufgrund der zahlreichen und inhaltlich oft sehr ähnlichen Verfügungen, lediglich eine repräsentative Auswahl an Fällen getroffen.

Wo die FINMA aufgrund eines besonderen aufsichtsrechtlichen Bedürfnisses, namentlich zum Schutz von Marktteilnehmern oder zur Wahrung des Ansehens des Finanzplatzes Schweiz, bereits im Verlaufe des Jahres öffentlich über den Abschluss eines Enforcementverfahrens informiert hat, findet sich im Anschluss an die betreffende Zusammenfassung ein Link auf die entsprechende Medienmitteilung.

Zur besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit sind die Zusammenfassungen in die nachfolgenden thematischen Kategorien eingeteilt. Innerhalb der jeweiligen Kategorie werden die Verfügungen chronologisch und in der Originalsprache aufgeführt.

- Bewilligter Bereich (S. 5): Verfügungen zu Unternehmen und Personen, die über eine finanzmarktrechtliche Bewilligung verfügen oder die im Zeitpunkt der Rechtsverletzung bei einem Bewilligungsträger als Mitarbeiter oder Organ tätig waren.
- Marktaufsicht (S. 12): Verfügungen zu marktmissbräuchlichen Verhaltensweisen, unabhängig davon, ob die Parteien Bewilligungsträger sind und ob der Verstoss auf einem regulierten (z.B. Effektenmarkt) oder weitgehend unregulierten (z.B. Devisenmarkt) Markt stattfand.
- Unerlaubt tätige Finanzdienstleister (S. 17): Verfügungen zu Unternehmen und Personen, die auf dem Finanzmarkt eine bewilligungspflichtige Tätigkeit ausgeübt haben, ohne über die entsprechende Bewilligung zu verfügen.
- Insolvenzscheide (S. 30): Verfügungen, deren Hauptthema insolvenzrechtlicher Natur war und die nicht bereits als Fälle mit Rechtsverletzungen in den vorangehenden Kapiteln aufgeführt sind.
- Übernahmen und Offenlegung (S. 35): Verfügungen, in denen die FINMA als Beschwerdeinstanz der Übernahmekommission entschieden hat oder welche die Offenlegung von Beteiligungen zum Thema haben.
- Internationale Amtshilfe (S. 37): Verfügungen zur Zusammenarbeit der FINMA mit ausländischen Finanzmarktaufsichtsbehörden (Auswahl).

### Bewilligter Bereich

1

**Data della decisione:** 2.2.2015

**Parte:** Banca X

**Tema:** Irreprehensibilità e organizzazione adeguata della banca nell'attività transfrontaliera

**Riassunto:** La Banca X ha sottovalutato la sua esposizione ai rischi legali e di reputazione nella gestione dell'operatività transfrontaliera con clientela statunitense, acquisendo clienti provenienti da altre banche svizzere che, a partire dal 2008, avevano effettuato la propria uscita dal mercato con tale clientela. Le misure inizialmente adottate dalla Banca X sono risultate insufficienti per gestire convenientemente i rischi legati alla suddetta operatività. La Banca X ha quindi violato gravemente il principio dell'adeguata gestione dei rischi, la garanzia di un'attività irreprehensibile e l'obbligo di allestire e conservare i documenti (art. 3 cpv. 2 lett. a, c LBCR, art. 10 cpv. 2 lett. d LBVM, art. 9 cpv. 2, 3 e 4 vOBCR).

**Provvedimenti:** Ripristino della situazione conforme (art. 31 LFINMA); controllo delle misure intraprese tramite un incaricato della verifica (art. 24a LFINMA); nomina di un incaricato dell'inchiesta (art. 36 LFINMA).

**Crescita in giudicato:** La decisione della FINMA è cresciuta in giudicato senza ricorso.

**Comunicato stampa della FINMA del 30.3.2015**

2

**Entscheiddatum:** 13.2.2015 und 18.12.2015

**Partei:** Bank X

**Thema:** Bewilligungsentzug, Liquidation, Einsetzung von Untersuchungsbeauftragten

**Zusammenfassung:** Die Bank X strebte aufgrund ihres defizitären Geschäftsmodells den Marktaustritt und die freiwillige Liquidation an, was jedoch im Wesentlichen am Widerstand eines Hauptaktionärs scheiterte. Zudem bedrohten erhebliche Personalabgänge die Handlungsfähigkeit. Aufgrund der mangelhaften Verwaltungsorganisation (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG und Art. 10 Abs. 2 Bst. a BEHG) und der fehlenden Gewähr der Bank X verfügte die FINMA deshalb den Bewilligungsentzug und die Liquidation. Um den Transfer des Kundenportfolios an eine Drittbank zu ermöglichen, entschied sich die FINMA, die Bank nicht sofort zu liquidieren. Um gegebenenfalls eine Gefährdung von Gläubiger- und Anlegerinteressen feststellen zu können, wirkten die von der FINMA ernannten Liquidatoren zunächst als Untersuchungsbeauftragte.

**Massnahmen:** Bewilligungsentzug (Art. 37 FINMAG); Liquidation (Art. 23<sup>quinquies</sup> Abs. 1 BankG und Art. 36 BEHG); Einsetzung der Liquidatoren als Untersuchungsbeauftragte bis zum Eintritt der Rechtskraft der Verfügung (Art. 36 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Bank X erhob gegen die Verfügung der FINMA vom 13.2.2015 Beschwerde (Beschwerdeverfahren BVGer B-1765/2015), die das Bundesverwaltungsgericht bezüglich der eingesetzten Untersuchungsbeauftragten abwies. Gleichzeitig transferierte bzw. kündigte die Bank X sämtliche Kundenbeziehungen und reduzierte ihren Personalbestand weiter. Die Generalversammlung der Bank X stimmte der Liquidation Mitte des Jahres schliesslich noch zu. Die FINMA prüfte deswegen den Fall erneut. Am 18.12.2015 wurde der Einsatz der Untersuchungsbeauftragten beendet und der Bank X die verursachten Kosten auferlegt. Die Wiedererwägungsverfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

### 3

**Entscheiddatum:** 17.4.2015

**Partei:** Bank X

**Thema:** Verbot der Dividendenausschüttung und von Kapitalauszahlungen

**Zusammenfassung:** Im Rahmen des Marktaustritts der Bank X beschlossen die Aktionäre anlässlich der jährlichen ordentlichen Generalversammlung die Ausschüttung einer Substanzdividende in der Höhe von mehreren Millionen Schweizer Franken – dies trotz der ablehnenden Haltung der FINMA und des anwesenden Revisors. Um das gesetzlich vorgeschriebene Mindestkapital (Art. 3 Abs. 2 Bst. b BankG i.V.m. Art. 15 BankV) mit Blick auf die bevorstehende Liquidation nicht zu gefährden, erliess die FINMA gegen die Bank X ein Verbot der Dividendenausschüttung und von Kapitalauszahlungen.

**Massnahmen:** Verbot der Dividendenausschüttung und von Entnahmen zulasten des Eigenkapitals (Art. 31 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

### 4

**Date de la décision :** 29.5.2015

**Partie :** A (gestionnaire de la banque X)

**Sujet :** Opérations frauduleuses

**Résumé :** A, gérant chargé de développer une clientèle étrangère cible dans la banque X, a notamment procédé à diverses opérations, dont des investissements, des transferts, des paiements et des retraits d'argent, à l'insu de ses clients en violation de l'art. 11 LBVM. En plus d'avoir été effectuées sans mandat de gestion, certaines de ces opérations se sont avérées frauduleuses. De telles violations, répétées et perpétuées sur plusieurs années, ont fait courir des risques à la banque X et ne sont pas compatibles avec la garantie d'une activité irréprochable de A.

**Mesures :** Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; interdiction de pratiquer le commerce des valeurs mobilières pour une durée de 5 ans (art. 35a LBVM) et interdiction d'exercer une fonction dirigeante pour une durée de 5 ans (art. 33 LFINMA).

**Entrée en force :** La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

### 5

**Date de la décision :** 5.6.2015

**Partie :** Banque X

**Sujet :** Obligation d'informer la FINMA et de déclarer ; garantie d'une activité irréprochable

**Résumé :** Sur la base d'une dénonciation anonyme, la FINMA a eu des doutes sur la véracité d'informations délivrées par la banque X à propos du rôle et de l'influence que pouvait y exercer A, que la FINMA ne souhaitait pas comme organe ou actionnaire. L'intervention d'un chargé d'enquête a mis au jour un prêt convertible octroyé par A au directeur général, par ailleurs déjà actionnaire qualifié, pour le rachat d'un paquet d'actions, un projet de contrat d'option entre le directeur et A, de nombreux privilèges accordés à A sans fondement apparent et les divers rôles commerciaux, consultatifs et représentatifs que A jouait. Le comportement peu transparent de la banque a conduit la FINMA à douter de ses intentions et à penser qu'elle cherchait à lui cacher des éléments essentiels à l'exercice de la surveillance (art. 29 LFINMA). Bien que commis par les organes et actionnaires de la banque X, les manquements constatés ont été imputés à la banque, qui ne présentait de ce fait plus la garantie d'une activité irréprochable (art. 3 al. 2 let. c LB).

**Mesures :** Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; mise à l'écart du directeur général et du président du conseil d'administration en tant qu'organes et actionnaires principaux directs et indirects (art. 31 LFINMA) ; délai pour rétablir l'ordre légal sous la menace du retrait d'autorisation (art. 31 LFINMA en relation avec les art. 37 LFINMA et 3 LB) ; confirmation du rétablissement de l'ordre légal par la société d'audit.

**Entrée en force :** Des recours sont pendants par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-4294/2015.

6

**Entscheiddatum:** 18.6.2015

**Partei:** Versicherungsvermittler A

**Thema:** Fehlender Nachweis einer gültigen Berufshaftpflichtversicherung

**Zusammenfassung:** Versicherungsvermittler A war seit 2008 im Register für Versicherungsvermittler eingetragen. Da die von ihm neu gemeldete Arbeitgeberin bei der FINMA nicht registriert war, konnte eine Mutation im Register nicht vorgenommen werden. Die bisherige Arbeitgeberin hatte hingegen um Löschung des Registereintrags ersucht, da A nicht mehr dort tätig war. A reagierte weder auf die Schreiben der FINMA, noch erbrachte er einen Nachweis einer abgeschlossenen Berufshaftpflichtversicherung oder einer gleichwertigen Garantie (Art. 44 Abs. 1 Bst. b VAG); auch sonst war er nicht mehr auffindbar. Die FINMA strich ihn deshalb aus dem Versicherungsvermittlerregister.

**Massnahmen:** Streichung aus dem Register für Versicherungsvermittler (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 51 Abs. 2 Bst. g VAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

7

**Entscheiddatum:** 19.6.2015

**Partei:** A (Mitarbeiter im obersten Kader einer Bank)

**Thema:** Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit, Verletzung der Auskunftspflicht

**Zusammenfassung:** Die FINMA forderte eine Bank gestützt auf Art. 29 Abs. 1 FINMAG auf, verschiedene interne Abklärungen zu tätigen und der FINMA Auskünfte zukommen zu lassen. Die Bank gab der FINMA daraufhin nur unvollständig und irreführend Auskunft. A, Mitarbeiter im obersten Kader der Bank, ist gemäss Verfügung der FINMA hauptverantwortlich für die mangelhafte Auskunftserteilung. In dieser oder einer vergleichbaren Position bietet er für die Dauer von 2 Jahren keine Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG).

**Massnahmen:** Feststellung der Nichtwählbarkeit in eine Gewährsposition während 2 Jahren (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG, Art. 25 VwVG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.



### 8

**Date de la décision :** 26.6.2015

**Partie :** Entreprises d'assurance X

**Sujet :** Respect du plan d'exploitation, gouvernance d'entreprise et rémunération, garantie d'une activité irréprochable

**Résumé :** Les enquêtes approfondies menées par la FINMA et par deux chargés d'audit ont révélé que les entreprises d'assurance concernées n'avaient pas respecté leur plan d'exploitation (art. 4 LSA). Elles ont ainsi utilisé des tarifs d'assurance non approuvés, qui ont entraîné des primes trop élevées pour certains assurés et des primes trop basses pour d'autres. En outre, il est apparu que l'organisation, la gouvernance d'entreprise et la rémunération des organes des entreprises d'assurance concernées n'étaient pas adéquates (art. 14, 22 et 27 LSA). Les manquements constatés ont été imputés aux entreprises d'assurance elles-mêmes, qui ne présentaient de ce fait plus la garantie d'une activité irréprochable (art. 14 al. 1 let. a et 67 LSA).

**Mesures :** Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; audit supplémentaire par le réviseur sur le rétablissement de l'ordre légal (art. 31 LFINMA) ; délai pour soumettre à la FINMA, pour approbation, l'intégralité des tarifs appliqués en matière d'assurance complémentaire ; interdiction d'accueillir, directement ou indirectement, des nouveaux clients provenant de l'adhésion, de l'acquisition, de la fusion ou d'un transfert de portefeuille de toute entreprise d'assurance existante jusqu'à la fin 2016 (art. 51 LSA).

**Entrée en force :** Un recours est pendant devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-5264/2015.

**Communiqué de presse de la FINMA du 2.7.2015**

### 9

**Entscheiddatum:** 14.8.2015

**Partei:** Direkt unterstellter Finanzintermediär (DUFI) X, Geschäftsführer A und B

**Thema:** Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit, Verletzung der Auskunft- und Meldepflicht

**Zusammenfassung:** Gewährsträger A des DUFI X wurde wegen gewerbsmässigen Betrugs rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von über drei Jahren verurteilt und musste den Strafvollzug antreten. X, sowie dessen Organe A und B, unterliessen es, diese für die Aufsichtstätigkeit wesentlichen Sachverhalte der FINMA und der Prüfgesellschaft zu melden. Stattdessen machten sie wiederholt und gezielt Falschangaben. Hinzu kam, dass der Strafvollzug von A einen erheblichen Einfluss auf die operative Tätigkeit von X hatte. X und dessen Gewährsträger A und B haben damit ihre Auskunft- und Meldepflichten nach Art. 29 FINMAG wiederholt und in gravierender Weise verletzt.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Bewilligungsentzug und Liquidation von X (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 20 GwG); Berufsverbot gegen A für die Dauer von 2 Jahren und gegen B für die Dauer von 1 Jahr (Art. 33 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde von X und A nicht angefochten und ist ihnen gegenüber rechtskräftig. Gegenüber B ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-5772/2015.

### 10

**Date de la décision :** 28.8.2015

**Partie :** Intermédiaire financier directement soumis (IFDS) X

**Sujet :** Obligations de diligence LBA, retrait de l'autorisation d'exercer en tant qu'IFDS et mise en liquidation immédiate

**Résumé :** Sur instructions de son cocontractant, l'IFDS X a procédé, de manière généralisée et durant plusieurs années, à des paiements via des sociétés offshore à des personnes occupant des fonctions publiques à l'étranger et à des PEP étrangères dans le cadre de travaux portuaires menés par son cocontractant. La procédure a démontré que l'IFDS X avait gravement violé ses obligations de diligence LBA, notamment ses devoirs d'identification et de clarification (art. 6 ss LBA). De tels manquements ont révélé qu'il ne remplissait pas les conditions nécessaires au maintien de l'autorisation d'intermédiaire financier selon l'art. 14 LBA.

**Mesures :** Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; retrait de l'autorisation et liquidation (art. 37 LFINMA en relation avec les art. 14 et 20 LBA).

**Entrée en force :** La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

### 11

**Data della decisione:** 3.9.2015

**Parte:** A (richiedente 1), X (richiedente 2 e società presso cui A è impiegato)

**Tema:** Richiesta d'iscrizione al registro degli intermediari assicurativi non vincolati

**Riassunto:** A e X hanno richiesto l'iscrizione al registro degli intermediari assicurativi non vincolati (art. 44 LSA). A è stato condannato per ripetuti reati patrimoniali. Tali condanne sono in grado di intaccare l'integrità richiesta all'intermediario e quindi incompatibili con le condizioni personali previste per l'esercizio di un'attività d'intermediazione assicurativa, più precisamente con l'assenza di condanne penali per fatti incompatibili con l'attività prospettata (art. 185 lett. b OS). X non beneficia delle condizioni per essere iscritta, poiché non ha dimostrato di avere collaboratori in possesso delle qualifiche professionali sufficienti (art. 44 cpv. 1 lett. a LSA).

**Provvedimenti:** Rigetto delle richieste d'iscrizione di A e X.

**Crescita in giudicato:** Procedura di ricorso pendente; TAF B-6244/2015.

12

**Entscheiddatum:** 17.9.2015

**Partei:** A (ausländischer Versicherungsvermittler)

**Thema:** Abweisung der Anträge um Eintragung ins Register für Versicherungsvermittler

**Zusammenfassung:** A ist Geschäftsführer einer ausländischen Versicherungsmakler-Gesellschaft mit einer Zweigniederlassung in der Schweiz. In dieser Funktion war A seit den 90er-Jahren tätig. Im Jahr 2012 beantragte A erstmals die Eintragung als ungebundener Versicherungsvermittler in das Register für Versicherungsvermittler. Da A jedoch über keine in der Schweiz anerkanntsfähige Ausbildung verfügte (Art. 184 Abs. 1 AVO), machte A im Jahr 2014 in einem zweiten Registrierungsantrag seine langjährige und ununterbrochene Berufserfahrung als Versicherungsmakler geltend. Zur Begründung stützte sich A auf eine übergangsrechtliche Bestimmung (Art. 6 Abs. 1 AVO-FINMA). Da die übergangsrechtlichen Fristen bereits abgelaufen waren (Art. 90 Abs. 3 und 4 VAG), A jedoch wiederholt eine anfechtbare Verfügung verlangte, wies die FINMA die Anträge von A mit Verweis auf die geltende Praxis kostenpflichtig ab.

**Massnahmen:** Abweisung der Anträge um Eintragung ins Register für Versicherungsvermittler.

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-6958/2015.

13

**Entscheiddatum:** 18.9.2015

**Partei:** A (Mitarbeiter im obersten Kader einer Bank)

**Thema:** Zustimmungserfordernis (Supervisory Privilege)

**Zusammenfassung:** Die FINMA ordnete mit Verfügung vom 4.7.2014 (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 10**) u.a. an, dass Unterlagen und Informationen aus dem Verfahren nur mit vorgängiger Zustimmung der FINMA Dritten herausgegeben oder zugänglich gemacht werden dürfen (Zustimmungserfordernis). Das angehobene Beschwerdeverfahren B-5041/2014 wurde aufgrund der Rechtshängigkeit derselben Rechtsfrage in einem anderen Verfahren vor Bundesgericht diesbezüglich sistiert. Das Bundesgericht kam zum Schluss, dass die FINMA zu jenem Zeitpunkt über keine ausreichende formell-gesetzliche Grundlage zur Anordnung eines Zustimmungserfordernisses verfügte, auf die sie sich beim Erlass eines Zustimmungserfordernisses hätte abstützen können (Urteil 2C\_1058/2014 vom 28. August 2015). Vor diesem Hintergrund und zufolge der Noch-nicht-Inkraftsetzung der neuen Bestimmung von Art. 42c Abs. 5 FINMAG zog die FINMA ihre Verfügung vom 4. Juli 2014 beschränkt auf das Zustimmungserfordernis in Wiedererwägung.

**Massnahmen:** Aufhebung der Anordnung eines Zustimmungserfordernisses gegenüber A (teilweise Wiedererwägung).

**Rechtskraft:** Die Wiedererwägungsverfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

**14**

**Date de la décision :** 18.12.2015

**Partie :** Banque X

**Sujet :** Obligations en matière d'organisation, en matière de gestion adéquate des risques et en matière de prescriptions comptables.

**Résumé :** La banque X a conclu de nombreux contrats de crédits avec la cliente Y en vue de l'investir dans des parts de fonds de placement qui se sont révélées par la suite sans valeur. De ce fait, Y était dans l'impossibilité de rembourser le crédit à la banque X comme exigé par celle-ci. La banque X a alors décidé d'accepter le remboursement de la dette de Y moyennant transfert en sa faveur des parts de fonds de placement susmentionnées. Il est apparu à la publication des comptes semestriels et annuels que la banque X n'a pas respecté les règles comptables exigées dans une telle situation. Ce faisant, la banque X a violé le droit de la surveillance en matière d'organisation, de gestion des risques et de prescriptions comptables.

**Mesures :** Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; ordre de rétablir l'ordre légal (art. 31 LFINMA).

**Entrée en force :** Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-645/2016.

## Marktaufsicht

**15**

**Entscheiddatum:** 16.1.2015

**Partei:** A (Händler bei einer Bank)

**Thema:** Marktmanipulation

**Zusammenfassung:** Händler A war als Eigenhändler der Bank X tätig. Über Jahre manipulierte er mit Scheinaufträgen den Kurs von Aktien und Derivaten von in der Schweiz börsenkotierten Gesellschaften. Er erwirtschaftete dadurch erhebliche Gewinne für die Bank. In den letzten anderthalb Jahren seiner Anstellung war er als Teamleiter für Händler B (siehe **Fall 16**) zuständig. Händler A war an dem durch ihn für die Bank erwirtschafteten Gewinn direkt anteilmässig beteiligt. Die FINMA befand, dass A mit seinem Verhalten jahrelang systematisch sowohl das FINMA-Rundschreiben 08/38 «Marktverhaltensregeln» wie auch die entsprechenden Regularien der Börse sowie die bankinternen Vorschriften verletzt hatte. Aufgrund der Dauer und Systematik des Vorgehens wurden die Aufsichtsrechtsverletzungen als schwer befunden. A ist gemäss Verfügung der FINMA im Sinne von Art. 33 FINMAG verantwortlich dafür, dass die Bank während Jahren das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) schwer verletzt hat.

**Massnahmen:** Berufsverbot (Art. 33 FINMAG) für die Dauer von 3 Jahren und Tätigkeitsverbot (Art. 35a BEHG) für die Dauer von 3 Jahren; Einziehung von knapp 1,2 Mio. CHF (Art. 35 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

16

**Entscheiddatum:** 16.1.2015

**Partei:** B (Händler bei einer Bank)

**Thema:** Marktmanipulation

**Zusammenfassung:** Händler B war als Eigenhändler der Bank X tätig. Während mehr als einem Jahr manipulierte er mit Scheinaufträgen den Kurs von Aktien und Derivaten von in der Schweiz börsenkotierten Gesellschaften und erwirtschaftete dadurch erhebliche Gewinne für die Bank. Händler B hatte keine Leitungsfunktion. Sein Bonus wurde von Händler A (siehe **Fall 15**) als Teamleiter frei bestimmt. Die FINMA befand, dass B mit seinem Verhalten sowohl das FINMA-Rundschreiben 08/38 «Marktverhaltensregeln» wie auch die entsprechenden Regularien der Börse sowie die bankinternen Vorschriften verletzt hatte. Aufgrund der Systematik des Vorgehens wurden die Aufsichtsrechtsverletzungen als schwer befunden. B ist gemäss Verfügung der FINMA verantwortlich dafür, dass die Bank während Jahren das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) schwer verletzt hat.

**Massnahmen:** Tätigkeitsverbot für die Dauer von 1 Jahr (Art. 35a BEHG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

17

**Entscheiddatum:** 23.10.2015

**Partei:** Effektenhändler X

**Thema:** Marktmanipulation, Risiken bei Hedging im Zusammenhang mit strukturierten Produkten

**Zusammenfassung:** Der Effektenhändler X emittierte ein strukturiertes Produkt. Dieses sah vor, den Anlegern einen Coupon auszuzahlen, sofern verschiedene Basiswerte an bestimmten Beobachtungstagen über einem vordefinierten Trigger Level schlossen. In der Schlussauktion einer der Beobachtungstage tätigte X derart umfangreiche Transaktionen in einem der Basiswerte, dass der Kurs des Basiswertes unter das Trigger Level fiel und den Anlegern der Coupon nicht ausbezahlt werden musste. X begründete seine Marktaktivitäten mit wirtschaftlich notwendigen Absicherungsgeschäften. Die FINMA kommt zum Schluss, dass X, um Gewinne zu maximieren, den Kurs des Basiswerts gezielt knapp unterhalb des Trigger Level drückte. Damit liegt eine Manipulation des Schlusskurses («Marking the Close») nach Art. 33f BEHG i.V.m. Rz. 26 des FINMA-Rundschreibens 2013/8 «Marktverhaltensregeln» vor. Ebenfalls rügt die FINMA ein mangelhaftes Risikomanagement: Der Effektenhändler hatte kaum Vorkehrungen getroffen, um zu verhindern, dass mit den eigenen Absicherungsgeschäften in der relevanten Schlussauktion das Trigger Level durchschritten wird. Damit liegt ein Verstoss gegen Art. 10 Bst. a und d BEHG vor.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Gewinneinziehung im Umfang von knapp 3,2 Mio. CHF (Art. 31 FINMAG); Überprüfung der Umsetzung von Massnahmen durch einen Prüfbeauftragten (Art. 24a FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

13

18

**Entscheiddatum:** 11.12.2015

**Partei:** A (Mitarbeiter im Kader bei der Bank X)

**Thema:** Marktverhalten im Zusammenhang mit dem Devisenhandelsgeschäft (siehe auch Fälle **19, 20, 21, 22**)

**Zusammenfassung:** Leiter A war zuständiger Co-Leiter des globalen Devisen- und Edelmetallhandels der Bank X. Mit Verfügung gegen die Bank hatte die FINMA im Jahr 2014 festgestellt, dass die Händler des Devisenspothandelsdesks Zürich wiederholt und über einen längeren Zeitraum hinweg zumindest versucht hatten, Devisenreferenzwerte zu manipulieren und in treuwidriger Weise gegen die Interessen ihrer Kunden agierten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 29**). Treuwidriges Verhalten wurde auch im Edelmetallspothandel festgestellt. Das Verfahren ergab zudem, dass schwerwiegende Mängel bei der Überwachung und im Risikomanagement des Devisenspothandels vorlagen. In einem im Nachgang zur Verfügung gegen die Bank X geführten Verfahren stellte die FINMA fest, dass Leiter A als zuständiger Co-Leiter des globalen Devisen- und Edelmetallhandels seine Aufsichts- und Kontrollpflichten für den Devisenspothandel und insbesondere für den Spothandelsdesk Zürich in grober Weise vernachlässigt hat. So setzte er für den Devisenspothandel bewusst und wissentlich auf eine Strategie, welche die bereits vorhandenen Risiken weiter erheblich erhöhte, um die Gewinne für die Bank X zu steigern. Gleichzeitig unterliess es Leiter A, einen geeigneten Kontrollrahmen sowie eine ausreichende Compliance-Kultur sicherzustellen, und ignorierte die entsprechenden, wiederholten Warnzeichen für Fehlverhalten im

Devisenspothandel. Insbesondere überwachte er das Verhalten des zuständigen Co-Leiters des Spothandels sowohl hinsichtlich der Wahrnehmung seiner Compliance-Rolle als auch seiner Handelsaktivitäten nur ungenügend. Leiter A ist gemäss Verfügung der FINMA im Sinne von Art. 33 FINMAG verantwortlich dafür, dass die Bank X während Jahren das Organisations- und Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. a und c BankG sowie Art. 3f BankG) schwer verletzt hat.

**Massnahmen:** Berufsverbot für die Dauer von 4 Jahren (Art. 33 FINMAG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-688/2016.

**Medienmitteilung der FINMA vom 17.12.2015**

19

**Entscheiddatum:** 11.12.2015

**Partei:** A (Mitarbeiter im Kader bei der Bank X)

**Thema:** Marktverhalten im Zusammenhang mit dem Devisenhandelsgeschäft (siehe auch Fälle **18, 20, 21, 22**)

**Zusammenfassung:** Leiter A war zuständiger Co-Leiter des globalen Devisen- und Edelmetallspothandels der Bank X. Mit Verfügung gegen die Bank hatte die FINMA im Jahr 2014 festgestellt, dass die Händler des Devisenspothandelsdesks Zürich wiederholt und über einen längeren Zeitraum hinweg zumindest versucht hatten, Devisenreferenzwerte zu manipulieren, und in treuwidriger Weise gegen die Interessen ihrer Kunden agierten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 29**). Treuwidriges Verhalten wurde auch im Edelmetallspothandel festgestellt. Das Verfahren ergab zudem, dass schwerwiegende Mängel bei der Überwachung und im Risikomanagement des Devisenspothandels vorlagen. In einem im Nachgang zur Verfügung gegen die Bank X geführten Verfahren stellte die FINMA fest, dass Leiter A für die fehlende Compliance-Kultur am Spothandelsdesk Zürich der Bank X die Verantwortung als Vorgesetzter trägt. Obwohl er zuständiger Co-Leiter des globalen Devisen- und Edelmetallspothandels war, vernachlässigte er seine Compliance- und Überwachungsaufgaben und liess die Spothändler weitgehend gewähren. Leiter A setzte alles daran, die Gewinne im Spothandel zu steigern, auch zu seinem eigenen, finanziellen Vorteil. Zu diesem Zweck setzte er die Spothändler unter Druck, vermehrt und aktiv Informationen in Chats mit Externen auszutauschen und gleichzeitig

über den Kunden- und Eigenhandel mehr Risiken einzugehen. In diesem Zusammenhang nahm Leiter A bewusst in Kauf, dass die Spothändler die internen Regeln verletzten und gegen Aufsichtsrecht verstiesen. Leiter A ist gemäss Verfügung der FINMA im Sinne von Art. 33 FINMAG verantwortlich dafür, dass die Bank X während Jahren das Organisations- und Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. a und c BankG sowie Art. 3f BankG) schwer verletzt hat.

**Massnahmen:** Berufsverbot für die Dauer von 5 Jahren (Art. 33 FINMAG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-635/2016.

**Medienmitteilung der FINMA vom 17.12.2015**

### 20

**Entscheiddatum:** 11.12.2015

**Partei:** A und B (Händler bei der Bank X)

**Thema:** Marktverhalten im Zusammenhang mit dem Edelmetallhandel (siehe auch Fälle **18, 19, 21, 22**)

**Zusammenfassung:** Händler A und B waren als Edelmetallspothändler der Bank X tätig. Mit Verfügung gegen die Bank hatte die FINMA im Jahr 2014 festgestellt, dass sich verschiedene Händler im Devisen- und Edelmetallhandel gegenüber Kunden wiederholt treuwidrig verhalten und die Bank insbesondere gegen die Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit verstossen hatte (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 29**). Die im Nachgang zur Verfügung gegen die Bank X geführten Verfahren ergaben, dass sich die Händler A und B im Edelmetallspothandel wiederholt an treuwidrigen Verhaltensweisen beteiligt hatten. Insbesondere legten sie in Chats mit externen Dritten vertrauliche Kundeninformationen offen und betrieben Front Running, letzteres vor allem bei marktbezüglichen Aufträgen eines einzelnen Kunden für das Silber-Fixing. Die Händler A und B sind gemäss Verfügung der FINMA im Sinne von Art. 33 FINMAG verantwortlich dafür, dass die Bank X während Jahren das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG sowie Art. 3f Abs. 1 BankG) schwer verletzt hat.

**Massnahmen:** Berufsverbote gegen A für die Dauer von 1,5 Jahren und gegen B für die Dauer von 1 Jahr (Art. 33 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde von A nicht angefochten und ist ihm gegenüber rechtskräftig. Gegenüber B ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-686/2016.

**Medienmitteilung der FINMA vom 17.12.2015**

### 21

**Entscheiddatum:** 11.12.2015

**Partei:** A und B (Händler bei der Bank X)

**Thema:** Marktverhalten im Zusammenhang mit dem Devisenhandelsgeschäft (siehe auch Fälle **18, 19, 20, 22**)

**Zusammenfassung:** Händler A und B waren als Devisenspothändler der Bank X tätig. Mit Verfügung gegen die Bank hatte die FINMA im Jahr 2014 festgestellt, dass verschiedene Händler wiederholt und über einen längeren Zeitraum hinweg zumindest versucht hatten, Devisenreferenzwerte zu manipulieren (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 29**). Zudem handelten die Devisenspothändler der Bank X wiederholt gegen die Interessen ihrer Kunden. Unter anderem lösten sie deren Stop-Loss-Aufträge aus, tätigten vor Kundenaufträgen Geschäfte für die Bank (Front Running), legten in Chats vertrauliche Kundeninformationen offen und nahmen treuwidriges Verhalten Dritter in Kauf. Dadurch verletzte die Bank X aufsichtsrechtliche Bestimmungen schwer. Händler A und B waren wegen wiederholter und regelmässiger Handlungen im Sinne von Art. 33 FINMAG für die schwere Verletzung des Gewährserfordernisses (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG sowie Art. 3f BankG) durch die Bank X verantwortlich.

**Massnahmen:** Berufsverbote gegen A für die Dauer von 3 Jahren und gegen B für die Dauer von 1 Jahr (Art. 33 FINMAG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-685/2016 und BVGer B-626/2016.

**Medienmitteilung der FINMA vom 17.12.2015**



22

**Entscheiddatum:** 18.12.2015

**Partei:** Mitarbeiter A bei der Bank X

**Thema:** Marktverhalten im Zusammenhang mit dem Devisenhandelsgeschäft (siehe auch Fälle **18, 19, 20, 21**)

**Zusammenfassung:** Mitarbeiter A war bei der Bank X für strukturierte Produkte im Bereich Devisen tätig. Mit Verfügung gegen die Bank (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 29**) hatte die FINMA im Jahr 2014 unter anderem festgestellt, dass Mitarbeiter auf Devisentransaktionen, die in Zusammenhang mit einem bankinternen Produkt erfolgten, exzessiv und treuwidrig Mark-ups (Aufschläge auf den Einstandspreisen) erhoben. Die Anleger hatten von den Mark-ups keine Kenntnis und brauchten vernünftigerweise nicht mit diesen zu rechnen. Indem Mitarbeiter A zulasten der Anleger selber Mark-ups erhob und dasselbe Verhalten durch andere Mitarbeiter zuließ, war er im Sinne von Art. 33 FINMAG für die schwere Verletzung des Gewährserfordernisses (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG sowie Art. 3f BankG) durch die Bank X verantwortlich.

**Massnahmen:** Berufsverbot für die Dauer von 6 Monaten (Art. 33 FINMAG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-642/2016.

## Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

23

**Entscheiddatum:** 9.1.2015

**Partei:** X AG, natürliche Personen A und B

**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG verkaufte Aktien ihrer Tochtergesellschaften eigenen Angaben zufolge zwecks Finanzierung von Rohstoffprojekten. Hierzu verwendeten die X AG und ihre Geschäftsführer A und B zwei Vertragsmuster: Ein erstes Vertragsmuster sah eine Übertragung einer bestimmten Anzahl Aktien einer noch zu gründenden Gesellschaft nach deren Gründung vor. Ein zweites Vertragsmuster bezeichnete die Aktien der bestehenden Y AG als Kaufobjekt, ohne aber ein bestimmtes Vollzugsdatum zu benennen. Die geschuldeten Aktien wurden bis zur Eröffnung des Verfahrens nie übertragen. Das erste Vertragsmuster enthielt für den Fall der Nichtübertragung eine Verpflichtung zur Rückzahlung der Kaufpreise. Vor diesem Hintergrund erkannte die FINMA eine unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen (Art. 1 Abs. 2 BankG). Für den Fall des Vollzugs der Verträge ging die FINMA zudem von einer unterstellungspflichtigen Emissionshaustätigkeit aus (Art. 10 BEHG i.V.m. Art. 3 Abs. 2 BEHV). Die FINMA stellte folglich eine Tätigkeit ohne erforderliche Bewilligung fest.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Konkurseröffnung über die X AG (Art. 37 Abs. 3 FINMAG i.V.m. Art. 33 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 4 Jahren bzw. gegen B für die Dauer von 1 Jahr (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

### 24

**Entscheiddatum:** 26.2.2015

**Partei:** X AG, natürliche Person A

**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG nahm von mindestens 35 Personen sogenannte «Invest-Einlagen» entgegen. Mit diesen Einlagen sollte bei Kreditgebern ein Grosskredit beantragt und dieser den Einlegern weitergegeben werden. Die «Invest-Einlagen» wurden verzinst und unterlagen einer bedingten Rückzahlungsverpflichtung für den Fall, dass kein Kreditgeschäft zustande kommen sollte. Die einbezahlten Gelder wurden für den Betrieb der X AG aufgebraucht, ohne dass ein Kreditgeschäft abgeschlossen wurde. Die «Invest-Einlagen» sind als Darlehen zu qualifizieren. Die X AG hat mit der Aufnahme dieser Darlehen ohne die erforderliche Bewilligung gewerbmässig Publikumseinlagen entgegengenommen (Art. 1 Abs. 2 BankG). Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit war A als Mitglied des Verwaltungsrats der X AG massgeblich verantwortlich.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkureröffnung (Art. 37 Abs. 1 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 3 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde von der X AG nicht angefochten und ist ihr gegenüber rechtskräftig; gegenüber A ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-1906/2015.

### 25

**Entscheiddatum:** 24.4.2015.

**Partei:** X AG und Y AG, natürliche Person A

**Thema:** Unerlaubte Emissionshaustätigkeit als Gruppe

**Zusammenfassung:** Die X AG und die Y AG sind zwei Vermögensverwaltungsgesellschaften, die Darlehen und Anleihen gegen Zins entgegennahmen. Zwecks Rückzahlungen ihrer Verbindlichkeiten verkauften die Gesellschaften in grossem Umfang Aktien einer Drittgesellschaft an über 80 Investoren. Hierzu setzten sie Vermittler ein. Die verkauften Aktien wurden vom Geschäftsführer und Inhaber A angeblich unentgeltlich in die Gesellschaften eingebracht. Da im Rahmen der Untersuchungen jedoch diverse Zahlungen an die Emittentin festgestellt wurden und A selbst als Organ der Emittentin tätig war, ging die FINMA von einer teilweise entgeltlichen Übernahme der Aktien und einer erstmaligen Ausgabe derselben auf dem Primärmarkt aus. Die FINMA stellte in ihrer Verfügung entsprechend eine unerlaubte Emissionshaustätigkeit (Art. 10 BEHG i.V.m. Art. 3 Abs. 2 BEHV) fest.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Konkureröffnung über die X AG und die Y AG (Art. 37 Abs. 3 FINMAG i.V.m. Art. 36a BEHG i.V.m. Art. 33 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 5 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde bezüglich der Konkureröffnung angefochten; Beschwerdeverfahren BVGer B-3380/2015. In den übrigen Punkten wurde sie nicht angefochten und ist rechtskräftig.

26

**Entscheiddatum:** 24.4.2015

**Partei:** X AG, Zweigniederlassung der ausländischen Y Ltd. (nachfolgend: «ZN Y Ltd.»), Z AG, natürliche Person A

**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen als Gruppe

**Zusammenfassung:** Die X AG bot im Ausland gelegene Baumbestände mit dem Versprechen zum Kauf an, diese nach zehn Jahren zum gleichen Preis zurückzukaufen. Während dieser Zeit sollte der Investor seinen Hain gegen einen jährlichen Zins zur Bewirtschaftung an die X AG zurückverpachten. Die Verträge erklärten Schweizer Recht für anwendbar. Die den Anlegern mitgeteilten Baumkoordinaten erwiesen sich als durchwegs falsch und stimmten nicht mit den entsprechenden Lageplänen überein. Die ZN Y Ltd, welche die Ernteprodukte verarbeitete und vertrieb, wurde intensiv mit Anlegergeldern seitens der X AG querfinanziert, ohne dass dies in ihrer Buchhaltung korrekt abgegrenzt worden wäre. Die Z AG schliesslich sollte die Gesellschaften der Gruppe als Holding übernehmen. Nach Auffassung der FINMA wiesen die Kaufverträge kein genügend individualisiertes Kaufobjekt auf. Dementsprechend war die Ausnahmebestimmung zum Verbot der Entgegennahme von Publikums-einlagen (Art. 1 Abs. 1 BankG) betreffend Gelder, welche eine Gegenleistung aus einem Vertrag auf Übertragung von Eigentum darstellen (Art. 3a Abs. 3 Bst. a aBankV), nicht anwendbar. Gleichzeitig entsprach das Investitionsangebot wirtschaftlich einem verzinslichen Darlehen. Damit hatten die X AG, die ZN Y Ltd. sowie die Z AG gemeinsam als Gruppe gewerbsmässig Publikums-einlagen ohne erforderliche Bankenbewilligung entgegengenommen. Hierfür war A als einziges Organ der X AG, der ZN Y Ltd. sowie der Z AG massgeblich verantwortlich.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Konkurs der X AG, Liquidation der ZN Y Ltd. sowie der Z AG (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 5 Jahren (Art. 34 FINMAG); Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten bei der ZN Y Ltd. mit sofortiger Wirkung bis zur Rechtskraft der Verfügung (Art. 36 Abs. 1 FINMAG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-2757/2015 und B-3484/2015.

### 27

**Entscheiddatum:** 30.4.2015

**Partei:** Natürliche Personen A und B

**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen, unerlaubte Verwendung des Begriffs Bank

**Zusammenfassung:** Die X AG war im Bereich der Vermögensverwaltung tätig. Im Jahr 2010 hatte sie zwei Anleihen ausgegeben und ihr Kerngeschäft u.a. mit «Swiss Private Banking» beworben. Für die 2 Anleihen wurde kein rechtsgenügender Prospekt erstellt bzw. kein solcher an die Anleger abgegeben. Folglich lag eine unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne erforderliche Bankenbewilligung vor (Art. 1 Abs. 2 BankG i.V.m. Art. 3a Abs. 3 Bst. b aBankV). Zudem wurde der Begriff «Bank» im Slogan «Swiss Private Banking» unerlaubt verwendet (Art. 1 Abs. 4 BankG). Als Organe der X AG waren A und B hierfür verantwortlich.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von je 2 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde von A nicht angefochten und ist ihm gegenüber rechtskräftig. Gegenüber B wurde die Verfügung mit Urteil des BVGer B-3659/2015 vom 1.2.2016 bestätigt (rechtskräftig).

### 28

**Data della decisione:** 30.4.2015

**Parte:** Persona fisica A

**Tema:** Attività di commerciante di valori mobiliari senza autorizzazione; obbligo di fornire informazioni alla FINMA (cfr. inoltre **caso 29**)

**Riassunto:** X SA, società attiva nel commercio di valori mobiliari per proprio conto e nella gestione patrimoniale di un fondo d'investimento estero, è stata messa in liquidazione nel 2014 con decisione della FINMA. (cfr. Rapporto sull'*enforcement* 2014, **caso 31**). Successivamente alla messa in liquidazione di X SA, è stato aperto un procedimento di *enforcement* contro A, già suo amministratore unico. A, nella veste di amministratore unico, era al corrente che la soglia di assoggettabilità di 5 mia. CHF di volumi annui per il commercio in proprio fosse stata superata e non ha preso le misure atte ad impedire a X SA di violare in maniera grave le disposizioni legali in materia di vigilanza, operando quale commerciante di valori mobiliari senza l'autorizzazione necessaria (art. 10 LBVM) e non ottemperando all'obbligo di fornire informazioni alla FINMA (art. 29 LFINMA).

**Provvedimenti:** Ordine di astenersi dall'esercizio di un'attività assoggettata senza la necessaria autorizzazione; pubblicazione della misura per una durata di 3 anni (art. 34 LFINMA).

**Crescita in giudicato:** La decisione della FINMA è cresciuta in giudicato senza ricorso.

29

**Data della decisione:** 7.5.2015

**Parte:** Persone fisiche B e C

**Tema:** Attività di commerciante di valori mobiliari senza autorizzazione; obbligo di fornire informazioni alla FINMA (cfr. inoltre **caso 28**)

**Riassunto:** X SA, società attiva nel commercio di valori mobiliari per proprio conto e nella gestione patrimoniale di un fondo d'investimento estero, è stata messa in liquidazione nel 2014 con decisione della FINMA (cfr. Rapporto sull'*enforcement* **2014, caso 31**). Successivamente alla messa in liquidazione di X SA, è stato aperto un procedimento di *enforcement* nei confronti di B e C, organi di fatto di X SA. Essi si occupavano del commercio in proprio di obbligazioni, rispettivamente della gestione del fondo estero (tramite la compravendita di derivati), dirigendo l'attività operativa di X SA, pur non beneficiando di una delega formale. Quali organi di fatto essi non hanno preso le misure atte a impedire alla società di violare in maniera grave le disposizioni legali in materia di vigilanza, operando senza l'autorizzazione necessaria (art. 10 LBVM) e non ottemperando all'obbligo di fornire informazioni alla FINMA (art. 29 LFINMA). La FINMA ha inoltre constatato che nel commercio di valori mobiliari, rispettivamente di compravendita di derivati presso la Banca Y, dove B e C erano in precedenza operativi, essi hanno violato l'obbligo di diligenza e lealtà (art. 11 cpv. 1 lett. b, c LBVM) e l'obbligo di assumere un comportamento integro nei confronti dei mercati finanziari, e non hanno avvertito i vari presidi preposti alla vigilanza degli ingenti rischi giuridici e di reputazione incorsi dall'istituto, violando l'art. 12 cpv. 2 OBCR.

**Provvedimenti:** Ordine di astenersi dall'esercizio di un'attività assoggettata senza la necessaria autorizzazione contro B e C; pubblicazione della misura per una durata di 4 anni (art. 34 LFINMA).

**Crescita in giudicato:** La decisione della FINMA nei confronti di B è cresciuta in giudicato senza ricorso; nei confronti di C la procedura di ricorso è pendente; TAF B-3684/2015.

### 30

**Date de la décision :** 21.5.2015

**Partie :** X Sàrl et Y SA

**Sujet :** Acceptation illicite de dépôts du public en tant que groupe

**Résumé :** Appartenant à un vaste groupe aux connexions internationales, X Sàrl proposait à ses clients différents services, en particulier en rapport avec une plateforme de *trading* fournissant également si désiré l'accès à des logiciels de stratégie de *trading*. Pour ce faire, le client devait ouvrir un compte et y opérer un dépôt minimal avant de pouvoir opérer sur ladite plateforme. Destinée à reprendre l'activité de X Sàrl, Y SA opérait selon le même schéma. En raison de leurs liens économiques, personnels et organisationnels, X Sàrl et Y SA constituaient un groupe. Ce groupe a accepté, sur la base du modèle appliqué et sans détenir l'autorisation nécessaire, les dépôts de plus de 140 clients (art. 1 al. 2 LB).

**Mesures :** Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; liquidation et ouverture de la faillite de X Sàrl et Y SA (art. 37 al. 1 LFINMA en relation avec l'art. 33 al. 1 LB).

**Entrée en force :** La décision de la FINMA est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

### 31

**Entscheiddatum:** 4.6.2015

**Partei:** X AG, natürliche Personen A und B

**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG gab seit 2005 ein als «Zwangswandelanleihe» bezeichnetes Finanzierungsprodukt an potenzielle Investoren aus. Die Investoren zeichneten eine Anleihe mit einer Laufzeit von 10 Jahren bzw. bis Mitte 2015, die geringfügig verzinst wurde. Zusätzlich hatten die X AG wie auch die Anleger die Möglichkeit, die Anleihe per Mitte 2015 in Aktien der X AG zu wandeln. Die X AG hat während der Zeitperiode 2008 bis 2013 Gelder von mindestens 45 Personen aufgenommen. Die «Zwangswandelanleihen» wurden laufend ausgegeben, d.h., es bestand weder eine Zeichnungsfrist noch ein fixes Liberierungsdatum. Zudem existierten je nach Zeitpunkt der Zeichnung auch unterschiedliche Ausgabepreise. Somit wies das Produkt keine einheitlichen Ausgabebedingungen auf, weshalb keine Anleihe im Rechtssinn vorlag. Der Ausnahmetatbestand von Art. 5 Abs. 3 BankV war nicht anwendbar. Indem die X AG das Produkt «Zwangsanleihe» vertrieb, nahm sie ohne die erforderliche Bewilligung gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegen (Art. 1 Abs. 2 BankG). Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit waren A und B als Mitglieder des Verwaltungsrats der X AG massgeblich verantwortlich.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 Abs. 1 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 5 Jahren und gegen B für die Dauer von 3 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde von B nicht angefochten und ist ihm gegenüber rechtskräftig. Gegenüber der X AG und A ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-3729/2015.

32

**Entscheiddatum:** 11.6.2015

**Partei:** X GmbH und im Ausland domizilierte Zweigniederlassungen XA, XB und XC, natürliche Person A

**Thema:** Verletzung der Mitwirkung, Wiedererwägung

**Zusammenfassung:** Hinsichtlich der X GmbH und ihrer ausländischen Ableger XA, XB und XC stellte die FINMA am 6.6.2014 fest, dass die X-Gesellschaften gemeinsam als Gruppe gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hatten, ohne über die notwendige Bankenbewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 39**). Da die Geschäftstätigkeit der X-Gruppe überwiegend von der Schweiz aus erfolgte, waren die ausländischen Entitäten faktische Zweigniederlassungen. Sie wurden entsprechend in das Handelsregister am Sitz der X eingetragen. Die FINMA stellte weiter fest, dass A aufgrund seines massgeblichen Beitrags ebenfalls ohne Bewilligung gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hatte. Die FINMA kam zu dieser Schlussfolgerung, weil bei der X GmbH ca. 180 Einzahlungen von mindestens 20 Personen eingegangen waren. Zugleich hatte die X GmbH umfangreiche Überweisungen an Forex-Handelsplattformen im Ausland getätigt. Über die Verwendung und den Verbleib des Geldes bestanden zum damaligen Zeitpunkt keine Anhaltspunkte. Die X GmbH und ihr einziges Organ A verweigerten gegenüber der FINMA wiederholt jegliche Mitwirkung an der Aufarbeitung des Sachverhalts. Über die X-Gesellschaften wurde gemäss Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 BankG der Konkurs eröffnet. Gegen A wurde eine Unterlassungsanweisung mit Publikation für die Dauer von 5 Jahren ausgesprochen (Art. 34 FINMAG). Die X-Gruppe und A führten gegen den Entscheid der FINMA Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht und reichten erstmals neue und umfangreiche Beweismittel ein. Daraus ging hervor, dass die Einzahlungen auf Konten der X GmbH und die

anschliessenden Überweisungen der Gelder auf die verschiedenen Forex-Handelsplattformen im Zusammenhang mit der Beschaffung und dem Vertrieb von Edelmetall standen. Aufgrund dieser neuen Sachverhaltselemente wurde die Verfügung vom 6.6.2014 in Wiedererwägung gezogen. Die angeordneten Konkurse über die X-Gesellschaften, die Unterlassungsanweisung gegen A sowie die Publikation wurden widerrufen. Indessen stellten die FINMA und nachfolgend auch das Bundesverwaltungsgericht fest, dass die X GmbH und A ihren Mitwirkungspflichten im Verfahren der FINMA nicht nachgekommen waren und damit aufsichtsrechtliche Pflichten schwer verletzt haben (Art. 29 i.V.m. Art. 32 FINMAG). Deshalb wurden ihnen sämtliche Verfahrenskosten auferlegt.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG).

**Rechtskraft:** Bestätigt mit Urteil des BVGer B-4639/2014 vom 23.11.2015 (rechtskräftig).

### 33

**Entscheiddatum:** 26.6.2015

**Partei:** Natürliche Person A

**Thema:** Unerlaubte Emissionshaustätigkeit

**Zusammenfassung:** A übernahm als Verwaltungsrätin und Geschäftsführerin grosse Mengen an Aktien einer Gesellschaft. Durch den Einsatz von einem Dutzend Vermittler verkaufte sie diese Aktien mittels «Cold Calls» erstmals auf dem Primärmarkt an mehrere hundert Personen. A übte damit eine bewilligungspflichtige Effektenhändlertätigkeit ohne die erforderliche Bewilligung aus (Art. 10 BEHG).

**Massnahmen:** Publikation einer Unterlassungsanweisung für die Dauer von 4 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-5274/2015.

### 34

**Date de la décision :** 23.7.2015

**Partie :** Personne physique A

**Sujet :** Acceptation illicite de dépôts du public

**Résumé :** A était associé gérant de X Sàrl et administrateur de Y SA (cf. **cas 30**), avec signature individuelle dans les deux cas. Par sa passivité, il a permis le développement de l'activité illicite, dont l'ampleur l'a rapidement dépassé. Quand bien même il ne devrait être considéré que comme homme de paille, ses fonctions d'organe inscrit et son impassibilité le rendent responsable de l'activité illégale déployée par X Sàrl et Y SA. En ne remplissant pas son devoir inaliénable de garantir le respect des prescriptions légales par les sociétés sur lesquelles il exerçait la haute direction et la haute surveillance, il se voit imputer une responsabilité directe dans leur activité illicite. Le fait, comme il le prétend, qu'il ait été trompé, n'y change rien.

**Mesures :** Décision en constatation (art. 32 LFINMA) ; ordre de s'abstenir d'exercer, sans l'autorisation nécessaire, une activité soumise à l'autorisation de la FINMA et publication pour une durée de 5 ans (art. 34 LFINMA).

**Entrée en force :** Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-5715/2015.



35

**Entscheiddatum:** 4.9.2015

**Partei:** X AG, natürliche Personen A, B und C

**Thema:** Unerlaubte Emissionshaustätigkeit, unerlaubter Betrieb einer kollektiven Kapitalanlage (SICAF)

**Zusammenfassung:** Die X AG übernahm Aktien von einer mit der Emittentin sowie mit einer ihr selber eng verbundenen Gesellschaft. Anschliessend verkaufte die X AG die Aktien an mindestens 40 Personen. Ihre Tätigkeit bewarb sie öffentlich mittels Werbeanzeigen im Internet sowie in Zusammenarbeit mit professionellen Vermittlern. Die X AG übte damit eine Emissionshaustätigkeit gemäss Art. 10 BEHG aus, ohne über die erforderliche Bewilligung der FINMA zu verfügen. Zudem verkaufte die X AG ihre eigenen Aktien an mindestens 71 Investoren, um sich mit dem Verkaufserlös an Drittgesellschaften zu beteiligen. Die so erworbenen Beteiligungen dienten ausschliesslich Anlagezwecken. Die Investoren verfügten über keinerlei Mitspracherecht bei der Investitionstätigkeit der X AG; sie partizipierten lediglich an den angestrebten Mehrwerten. Es lag keine Wertschöpfung vor, die über die blosser Verwaltung des Anlagevermögens hinausging, womit das Risiko für den Investor nicht in einer operativen Tätigkeit der X AG bestand, sondern in der Entwicklung des Werts der einzelnen Beteiligungen. Die X AG war demnach keine operative Gesellschaft bzw. übte keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne von Art. 2 Abs. 2 Bst. d KAG aus. Überdies galten nicht sämtliche Investoren der X AG als qualifizierte Anleger, womit die X AG nicht als Investmentgesellschaft im Sinne der Ausnahmebestimmung gemäss Art. 2 Abs. 3 KAG galt. Die X AG betrieb folglich eine unterstellungspflichtige SICAF gemäss Art. 110 i.V.m. Art. 13 Abs. 2 Bst. d KAG, ohne über die erforderliche Bewilligung der FINMA zu verfügen. Für den mehrjährigen gesetzeswidrigen Zustand bzw. die festgestellten

unterstellungspflichtigen Tätigkeiten im Bereich des BEHG sowie des KAG war A als Hauptakteur der X AG massgeblich verantwortlich.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 Abs. 1 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG sowie Art. 134 und 135 KAG); Unterlassungsanweisungen gegen B und C ohne Publikation und gegen A mit Publikation für die Dauer von 5 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-5712/2015 und B-6430/2015.

25

### 36

**Entscheiddatum:** 8.10.2015

**Partei:** X AG, Zweigniederlassung der ausländischen Y Ltd. (nachfolgend: «ZN Y Ltd.»), Z AG, A (einziges Organ der X AG, der ZN Y Ltd. sowie der Z AG)

**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen als Gruppe, Wiedererwägungsgesuch

**Zusammenfassung:** Die X AG, die ZN Y Ltd., die Z AG sowie A (gemeinsam nachfolgend: «Gesuchsteller») ersuchten die FINMA um Wiedererwägung ihrer Verfügung vom 24.4.2015 (vgl. **Fall 26**). Als Begründung führten sie an, zwei ausländische von A dominierte Gesellschaften hätten mit den Anlegern neue Verträge nach ausländischem Recht abgeschlossen, die das anwendbare ausländische Aufsichtsrecht respektierten. Zudem seien den entsprechenden Anlegern als Ersatz neue Baumbestände übertragen worden. Darüber hinaus verlangten die Gesuchsteller die Zustimmung der FINMA zur Übertragung aller Rechte und Pflichten der Anleger aus ihren alten Verträgen mit der X AG auf die ausländische W GmbH. Diese würde dann im Konkurs der X AG für ihre Forderungen eine Rangrücktrittserklärung abgeben. Die FINMA lehnte das Wiedererwägungsgesuch ab. Die neuen Verträge und die weiteren Vorschläge der Gesuchsteller änderten nichts am Liquidationsgrund – der schweren Verletzung von Aufsichtsrecht (Bankengesetz). Auch brachten die Gesuchsteller keine ausreichenden Gründe für den Widerruf des Konkurses vor.

**Massnahmen:** Abweisung des Wiedererwägungsgesuchs (Art. 58 VwVG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-2757/2015 und B-3484/2015.

### 37

**Entscheiddatum:** 29.10.2015

**Partei:** X AG

**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Der Geschäftszweck der X AG bestand insbesondere im Bau und Betrieb von Solaranlagen. Zwecks Finanzierung ihres Geschäftsmodells gab die X AG verschiedene Tranchen an Obligationenanleihen aus und bewarb diese öffentlich. Bei sämtlichen Tranchen wurden Obligationen erst nach Ablauf der Liberierungsfrist gezeichnet, womit es an der erforderlichen Einheitlichkeit gemäss Definition einer Anleiheobligation fehlte. Diesen Verbindlichkeiten kam demnach Einlagecharakter zu. Die von der X AG an die Anleger ausgegebenen Prospekte wiesen überdies nicht den erforderlichen Informationsgehalt gemäss Art. 1156 Abs. 2 OR und Art. 652a Abs. 1 OR auf. Insbesondere wurden die Revisionsberichte nicht unmittelbar beigelegt und diese Berichte enthielten nicht sämtliche für einen fundierten Anlageentscheid erforderlichen Informationen. Eine Ausnahme von einer unterstellungspflichtigen Entgegennahme von Publikums-einlagen nach Art. 3a Abs. 3 und 4 aBankV lag damit nicht vor. Die X AG hat ohne Bewilligung gewerbsmässig Publikums-einlagen entgegengenommen (Art. 1 Abs. 2 BankG). Sie stellte jedoch im Sinne von Art. 31 FINMAG unverzüglich den ordnungsgemässen Zustand wieder her und hielt die Anleger vollumfänglich schadlos.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Unterlassungsanweisung gegen die X AG bzw. deren Organe ohne Publikation; Androhung der Liquidation an die X AG im Wiederholungsfall.

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

38

**Entscheiddatum:** 29.10.2015

**Partei:** X AG, Y GmbH, natürliche Person A

**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen als Gruppe

**Zusammenfassung:** Die X AG hatte bei ihren rund 700 Partizipanten für den Kauf von «Unterlizenzen» zweier ausländischer Wort- und Bildmarken erworben. Die ausländische Y GmbH verwendet diese Marken für ihre Geschäftstätigkeit. Mit der Investition erhielten die Partizipanten das Recht auf eine jährliche Nutzungsgebühr seitens der Y GmbH, ohne weitere Rechte und Pflichten; bei Vertragsende hatten sie Anspruch auf Rückzahlung ihrer Investition. Das Angebot war verbunden mit einem Vertrag zum Abkauf der Partizipationsscheine durch die Y GmbH, zusammen mit einer einmaligen Dividende, zahlbar innerhalb von 10 Jahren. Von diesem Angebot machten 10 Partizipanten Gebrauch, fünf weitere bekundeten ihr Interesse an einer Investition. Beide Gesellschaften wurden durch A als einziges Organ geführt. Dazu ist die Y GmbH Inhaberin der X AG. Damit haben die X AG sowie die Y GmbH als Gruppe ohne erforderliche Bewilligung Publikumseinlagen im Sinne von Art. 1 BankG entgegengenommen und für diese Tätigkeit Werbung betrieben. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit war A als einziges Organ der X AG sowie Geschäftsführer der Y GmbH verantwortlich.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation der X AG und Konkursöffnung über die X AG (Art. 37 Abs. 1 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 3 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

39

**Entscheiddatum:** 12.11.15

**Partei:** X AG, natürliche Person A

**Thema:** Unerlaubte Emissionshaustätigkeit

**Zusammenfassung:** Die X AG verkaufte nach folgendem Muster Aktien zweier Emittentinnen: Zunächst schloss sie in eigenem Namen Aktienkaufverträge mit Anlegern ab, welche sie mittels Telefonmarketing kontaktiert hatte. Nachdem mehrere Anleger den Kaufpreis auf ein Konto der X AG einbezahlt hatten, veranlasste sie, dass die jeweilige Emittentin den Anlegern ein als «Eigentumsbestätigung» bezeichnetes Dokument zustellte. Zudem überwies die X AG an Drittgesellschaften, bei denen sie die Aktien bezog, den Kaufpreis abzüglich einer Provision von 30%. Die Aktien waren zuvor nicht öffentlich auf dem Primärmarkt angeboten worden. Der Aktienverkauf stellte die einzige Tätigkeit der X AG dar. Diese war darauf ausgerichtet, regelmässig Erträge aus dieser Tätigkeit zu erzielen. Die FINMA stellte fest, dass die X AG ohne die nach Art. 10 BEHG erforderliche Bewilligung Effektenhandel betrieben hatte. A leistete einen massgeblichen Beitrag an die unbewilligte Tätigkeit.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 2 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

**40****Entscheiddatum:** 10.12.15**Partei:** X AG, Y AG, natürliche Personen A und B**Thema:** Unerlaubte Emissionshaustätigkeit als Gruppe und unerlaubte Tätigkeit als berufsmässiger Finanzintermediär

**Zusammenfassung:** Die X AG verkaufte in eigenem Namen Aktien ihrer Tochtergesellschaft Y AG. Vermittler vertrieben die Aktien via Telefonmarketing. Der Aktienverkauf war neben dem Halten von Beteiligungen die hauptsächliche Geschäftstätigkeit der X AG. Sie war darauf ausgerichtet, regelmässig Provisionserträge zu erzielen. Enge wirtschaftliche, organisatorische und personelle Verflechtungen liessen die X AG und die Y AG als eine Gruppe erscheinen. Diese übte eine Emissionshaustätigkeit aus, ohne über die nach Art. 10 BEHG erforderliche Bewilligung zu verfügen. Die verkauften Aktien waren zudem nicht an die Anleger ausgeliefert worden, sondern die Anleger sollten an einer Globalurkunde der Gesellschaft beteiligt werden. Weil die Anzahl der betroffenen Anleger hoch war, ging die FINMA von einer unterstellungspflichtigen Aufbewahrung von Effekten für eine Vertragspartei (Art. 2 Abs. 3 Bst. g i.V.m. Art. 6 Abs. 1 Bst. c GwG) aus. Die FINMA stellte fest, dass die X AG und die Y AG ohne Bewilligung den Effektenhandel betrieben hatten (Art. 10 BEHG) sowie unerlaubt als berufsmässige Finanzintermediäre tätig waren. A und B leisteten massgebliche Beiträge an die unerlaubte Tätigkeit.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 10 Jahren und gegen B für die Dauer von 3 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde von der X AG, der Y AG und A nicht angefochten und ist ihnen gegenüber rechtskräftig; gegenüber B läuft die Beschwerdefrist.

**41****Entscheiddatum:** 10.12.2015**Partei:** X AG, natürliche Personen A und B**Thema:** Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG nahm von über 400 Anlegern Gelder entgegen. Gemäss Vertrag verpachtete sie den Anlegern Grundstücke in Südamerika, auf welchen Bäume angepflanzt wurden. Zudem verpflichtete sie sich, den Anlegern einen Teil des «Ernteertrags» der Bäume auszuzahlen. Aus den Vertragsunterlagen ging indes nicht hervor, welches Grundstück genau Vertragsgegenstand war. Ferner waren die Bäume nicht genügend individualisiert, weshalb die X AG den Anlegern kein Eigentum an bestimmten Bäumen übertragen hatte. Dementsprechend war die Ausnahmebestimmung gemäss Art. 5 Abs. 3 Bst. a BankV (bzw. vor dem 1.1.2015 aArt. 3a Abs. 3 Bst. a aBankV) nicht anwendbar. Auch eine Beurteilung nach dem Vertragszweck führte zum selben Ergebnis: Die Zahlungen der Anleger erfolgten einzig und allein zu Anlagezwecken. Die FINMA stellte fest, dass die X AG gewerbsmässig Publikums-einlagen entgegengenommen hatte, ohne über die notwendige Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Zudem stellte die FINMA fest, dass die X AG in ihren Vertragsunterlagen, wie auch in der Geschäftsreklame, über einen längeren Zeitraum unerlaubt den Begriff «Sparen» verwendet hatte (Art. 15 BankG). Schliesslich kamen die X AG wie auch deren

Organe ihrer Auskunftspflicht nicht bzw. nur mangelhaft nach (Art. 29 FINMAG). Die Privatpersonen A und B waren als Organe für die Aufsichtsrechtsverletzungen massgeblich verantwortlich. Mängel in der Organisation führten während des laufenden Verfahrens zur konkursamtlichen Liquidation der X AG. Deshalb sah die FINMA von Massnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustands ab. Das Verfahren gegen die X AG wurde somit unter Kostenfolge eingestellt.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von je 5 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde von der X AG und A nicht angefochten und ist ihnen gegenüber rechtskräftig. Gegenüber B ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-507/2016.

42

**Entscheiddatum:** 17.12.2015

**Partei:** X AG, natürliche Person A

**Thema:** Unerlaubte Tätigkeit als Effektenhändler

**Zusammenfassung:** Gegenüber der X AG bestand der Verdacht, dass sie als Eigenhändlerin den Schwellenwert von 5 Mrd. CHF kontinuierlich und wiederholt überschritten und dadurch eine Tätigkeit als Effektenhändlerin ohne Bewilligung der FINMA ausgeübt hatte. Weiter gab es Hinweise, die X AG habe durch ihr Handelsgeschehen den Preis der von ihr gekauften oder verkauften Effekten zu ihren Gunsten beeinflusst und dadurch gegen die Marktverhaltensregeln verstossen. Der Bericht des von der FINMA eingesetzten Untersuchungsbeauftragten bestätigte beide Verdachtsmomente. Die FINMA stellte in ihrer Verfügung fest, dass die X AG einer unterstellungspflichtigen Tätigkeit nach Börsengesetz nachging. Sie betrieb einen unbewilligten Effektenhandel (Art. 10 BEHG) und erfüllte die Voraussetzungen für die nachträgliche Erteilung einer Bewilligung nicht. Die X AG war mehrere Jahre über dem definierten Schwellenwert von 5 Mrd. CHF aktiv; 2011 bis 2014 überschritt sie diesen deutlich, d.h. im Umfang von 10–40%. A verantwortete als Eigentümer und einziges Organ der X AG massgeblich diese unbewilligte Tätigkeit. Weil gegen A und die von der X AG beschäftigten Händler B und C im gleichen Sachzusammenhang je einzelne Enforcementverfahren eröffnet worden sind, konnte aus verfahrensökonomischen Gründen von einer Beurteilung der Thematik Marktverhalten auf Stufe X AG abgesehen werden. Die FINMA wird

die Frage, ob die X AG und/oder ihre Händler durch ihre Handelspraktika gegen Marktverhaltensregeln verstossen haben, in den jeweiligen Enforcementverfahren gegen die natürlichen Personen aufarbeiten und allfällige Massnahmen anordnen.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von 3 Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-687/2016.

## Insolvenzentscheide

### 43

**Entscheiddatum:** 15.1.2015

**Partei:** Ausländische Bank X in Liquidation

**Thema:** Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets ohne Durchführung eines schweizerischen Hilfskonkursverfahrens

**Zusammenfassung:** Die Bank X verfügte über eine Lizenz der deutschen Finanzmarktaufsicht BaFin für die Ausübung einer Tätigkeit als Bank und zur Erbringung von Finanzdienstleistungen. Ende 2012 erliess die BaFin Schutzmassnahmen und ordnete die Schliessung der Bank für den Kundenverkehr an. Daraufhin ordnete das deutsche Insolvenzgericht die Konkurseröffnung über die Bank an und bestellte einen Insolvenzverwalter. Im Herbst 2014 wurde die FINMA ersucht, das ausländische Konkursdekret anzuerkennen, ohne dabei ein schweizerisches Hilfskonkursverfahren zu eröffnen (Art. 37g BankG). Die Vermögenswerte der Bank X in der Schweiz lagen auf Konten einer Schweizer Bank. Die Bank X war nach Schweizer Recht nicht nur als ausländische Bank, sondern auch als ausländische Effekthändlerin zu qualifizieren. Es wurde glaubhaft dargestellt, dass weder pfandgesicherte Forderungen in der Schweiz noch privilegierte Forderungen von Gläubigern mit Wohnsitz in der Schweiz bestehen und dass die übrigen Forderungen im ausländischen Insolvenzverfahren angemessen berücksichtigt werden.

**Massnahmen:** Gutheissung des Gesuchs auf Anerkennung des ausländischen Konkursdekrets und auf Herausgabe der Vermögenswerte ohne Durchführung eines inländischen Hilfskonkursverfahrens (abgekürztes Verfahren gemäss Art. 37g Abs. 2 BankG). Die ausländische Konkursmasse wurde ermächtigt, die Vermögenswerte in der Schweiz einzufordern. Der Bank X wurden neben den Kosten der Anerkennungsverfügung auch die Kosten für die Überwachung der Vollstreckung und Einhaltung der Nebenbestimmungen auferlegt.

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

44

**Entscheiddatum:** 5.2.2015

**Partei:** Ausländische Fondsleitung X in Liquidation

**Thema:** Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets ohne Durchführung eines schweizerischen Hilfskonkursverfahrens

**Zusammenfassung:** Die X leitete einen luxemburgischen Fonds, der keiner Bewilligungspflicht unterstand. Weil die X gravierend gegen die anwendbaren luxemburgischen Gesetze verstossen hatte, verfügte ein luxemburgisches Gericht Ende Dezember 2013 die zwangsrechtliche Liquidation nach den Regeln des Konkurses. Mitte 2014 wurde die FINMA ersucht, den luxemburgischen Entscheid anzuerkennen, ohne dabei ein schweizerisches Hilfskonkursverfahren zu eröffnen (Art. 138c KAG i.V.m. Art. 37g BankG). Die von der X geltend gemachten Vermögenswerte in der Schweiz bestanden aus einer Forderung gegenüber einer in der Schweiz domizilierten konkursiten Gesellschaft. Später wurden weitere Forderungen gegen verschiedene Schuldner nachgemeldet. Es wurde glaubhaft gemacht, dass weder pfandgesicherte Forderungen in der Schweiz noch privilegierte Forderungen von Gläubigern mit Wohnsitz in der Schweiz bestehen und dass die übrigen Forderungen im ausländischen Insolvenzverfahren angemessen berücksichtigt werden.

**Massnahmen:** Gutheissung des Gesuchs auf Anerkennung des ausländischen Konkursdekrets und auf Herausgabe der Vermögenswerte ohne Durchführung eines inländischen Hilfskonkursverfahrens (abgekürztes Verfahren gemäss Art. 138c KAG i.V.m. 37g Abs. 2 BankG). Die ausländische Konkursmasse wurde ermächtigt, die Vermögenswerte in der Schweiz einzufordern bzw. die Forderung im schweizerischen Konkurs der Drittschuldnerin geltend zu machen.

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

45

**Date de la décision :** 30.4.2015

**Partie :** Banque étrangère X

**Sujet :** Reconnaissance d'une mesure d'insolvabilité prononcée à l'étranger sans ouverture de faillite ancillaire en Suisse

**Résumé :** La faillite de la banque X a été ouverte en Roumanie en 2002. Le liquidateur étranger a requis la reconnaissance de la décision étrangère de faillite ainsi que l'autorisation d'agir directement en Suisse afin de faire valoir des créances sises en Suisse et dont la masse étrangère se disait titulaire. Mis à part ces créances, la FINMA a constaté que les liens de la banque étrangère X avec la Suisse étaient ténus ; il n'existait en effet aucun indice ni d'un déploiement d'activités en Suisse ni de l'existence de créanciers domiciliés en Suisse. La FINMA a admis la requête du liquidateur étranger portant sur la reconnaissance de la décision de faillite étrangère et sur l'application de la procédure prévue à l'art. 37g al. 2 LB. Le liquidateur étranger a été autorisé à agir directement en Suisse pour faire valoir les créances décrites dans la requête.

**Mesures :** Requête en reconnaissance admise et autorisation à faire valoir les créances en Suisse (art. 37g al. 2 LB).

**Entrée en force :** La décision est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

### 46

**Entscheiddatum:** 2.7.2015

**Partei:** Ausländische Bank X in Liquidation

**Thema:** Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets ohne Durchführung eines schweizerischen Hilfskonkursverfahrens

**Zusammenfassung:** In der zweiten Hälfte 2014 wurde aufgrund des Zusammenbruchs der Z-Gruppe über die in Panama ansässige Bank X die zwangsweise Liquidation eröffnet und Y als Liquidator eingesetzt. Die FINMA wurde ersucht, das ausländische Konkursdekret anzuerkennen, ohne dabei ein schweizerisches Hilfskonkursverfahren zu eröffnen (Art. 37g BankG). Die Vermögenswerte, welche die Bank X in der Schweiz hielt, bestanden aus Depotwerten sowie einer Forderung aus Sichtguthaben. Das Gesuch sollte dem Liquidator ermöglichen, die Vermögenswerte der Bank X gegenüber einer ehemaligen, ebenfalls zur Z-Gruppe gehörenden Bewilligungsträgerin mit Sitz in der Schweiz geltend zu machen.

**Massnahmen:** Gutheissung des Gesuchs ohne Durchführung eines Hilfskonkursverfahrens (Art. 37g Abs. 2 BankG); Ermächtigung an den Liquidator, die Herausgabeansprüche auf Depotwerte und Forderungen gegenüber der schweizerischen Effektenhändlerin in deren Konkurs geltend zu machen.

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

### 47

**Data della decisione:** 27.8.2015

**Parte:** Banca A in fallimento

**Tema:** Nomina di un nuovo liquidatore del fallimento

**Riassunto:** Il liquidatore della banca A ha manifestato la volontà di rinunciare al suo mandato. Preso atto di questa decisione, la FINMA ha nominato un nuovo liquidatore.

**Provvedimenti:** Nomina di un liquidatore del fallimento esterno (art. 33 cpv. 2 LBCR).

**Crescita in giudicato:** La decisione della FINMA è cresciuta in giudicato senza ricorso.



48

**Entscheiddatum:** 27.8.2015

**Partei:** Ausländische Bank X in Liquidation

**Thema:** Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets ohne Durchführung eines schweizerischen Hilfskonkursverfahrens

**Zusammenfassung:** Die Bank X verfügte über eine Lizenz für die Ausübung einer Tätigkeit als Bank in Antigua. Im Jahr 2013 wurde über die Bank der Konkurs eröffnet. Die FINMA wurde ersucht, den Konkurs anzuerkennen, ohne dabei ein schweizerisches Hilfskonkursverfahren zu eröffnen (Art. 37g BankG). Die von der Bank X geltend gemachten Vermögenswerte in der Schweiz bestanden aus Konto- und Depotguthaben bei mehreren Schweizer Banken.

**Massnahmen:** Gutheissung des Gesuchs auf Anerkennung des ausländischen Konkursdekrets und auf Herausgabe der Vermögenswerte ohne Durchführung eines inländischen Hilfskonkursverfahrens (abgekürztes Verfahren gemäss Art. 37g Abs. 2 BankG). Die ausländische Konkursmasse wurde ermächtigt, die Vermögenswerte in der Schweiz einzufordern.

**Rechtskraft:** Nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren B-6065/2015.

49

**Date de la décision :** 3.9.2015

**Partie :** Négociant en valeurs mobilières étranger X

**Sujet :** Reconnaissance d'une mesure d'insolvabilité prononcée à l'étranger sans ouverture de faillite ancillaire en Suisse

**Résumé :** Le négociant en valeurs mobilières X a fait l'objet d'une mesure d'insolvabilité rendue en été 2014 par l'autorité de surveillance panaméenne ; en raison d'une décapitalisation majeure, associée à des irrégularités organisationnelles graves, la liquidation forcée de X a été prononcée et un liquidateur désigné sur place. Celui-ci a demandé à la FINMA la reconnaissance de la décision étrangère ainsi que la remise des avoirs en Suisse. La FINMA a retenu que la procédure de liquidation étrangère applicable à l'espèce s'apparentait sur l'essentiel à la procédure suisse prévue par la loi sur les bourses, respectivement la loi sur les banques. En outre, les liens de X avec la Suisse étaient ténus ; il n'existait en effet aucun indice quant au déploiement d'activités en Suisse ou quant à l'existence de créanciers domiciliés en Suisse. La FINMA a admis la requête du liquidateur étranger portant sur la reconnaissance de la décision étrangère ; la remise des avoirs au sens de l'art. 37g al. 2 LB a été subordonnée à l'entrée en force de la décision.

**Mesures :** Requête en reconnaissance admise et remise des avoirs en Suisse à la masse étrangère (art. 37g al. 2 LB).

**Entrée en force :** La décision est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

### 50

**Entscheiddatum:** 8.10.2015

**Partei:** Zweigniederlassung der ausländischen Y Ltd. (nachfolgend: «ZN Y Ltd.»)

**Thema:** Konkursöffnung nach zuvor angeordneter aufsichtsrechtlicher Liquidation

**Zusammenfassung:** Mit Verfügung vom 24.4.2015 stellte die FINMA fest, dass die ZN Y Ltd. zu einer Gruppe von Gesellschaften gehörte, die ohne Bewilligung gewerbsmässig Publikumseinlagen von rund 300 Anlegern entgegengenommen hatte. Die FINMA ordnete die aufsichtsrechtliche Liquidation der ZN Y Ltd. an. Bis zum Eintritt der Rechtskraft der Verfügung wurde ein einzelzeichnungsberechtigter Untersuchungsbeauftragter gemäss Art. 36 Abs. 1 FINMAG eingesetzt (vgl. **Fall 26**). Er stellte die Überschuldung der ZN Y Ltd. fest.

**Massnahmen:** Konkursöffnung über die ZN Y Ltd. (Art. 33 Abs. 1 BankG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

### 51

**Entscheiddatum:** 23.10.2015

**Partei:** Bank X

**Thema:** Konkurs einer bewilligten Bank

**Zusammenfassung:** Die Bank X fokussierte sich auf die Vermögensverwaltung sowie den Effekten- und Devisenhandel für nationale und internationale, vermögende Privatpersonen. Als Muttergesellschaft einer Gruppe war sie über Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften auch in der Vermögensverwaltung und Investmentberatung in den USA tätig. Die letzten Geschäftsergebnisse der Bank waren durchgängig negativ. Die Assets under Management hatten sich in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Zudem war die Bank mit ungelösten Rechtsfällen konfrontiert. Nach Feststellung einer qualifizierten Unterbilanz beschloss die Generalversammlung der Bank X eine Kapitalerhöhung, die aber nicht verwirklicht wurde. Rückstellungen und weitere Verluste liessen das Eigenkapital unter das gesetzlich vorgesehene Mindestkapital schrumpfen. Die daraufhin erstellte Liquidationsbilanz wies eine Überschuldung aus. Massnahmen zur Verbesserung der Kapitalsituation wurden innerhalb der von der FINMA gesetzten Fristen nicht erfolgreich umgesetzt und Massnahmen zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wurden nicht ergriffen. Eine Aussicht auf Sanierung bestand daher nicht.

**Massnahmen:** Entzug der Bewilligung (Art. 37 FINMAG); Konkursöffnung und Ernennung eines Konkursliquidators (Art. 33 BankG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

**Medienmitteilung der FINMA vom 26.10.2015**

### Übernahmen und Offenlegung

52

**Date de la décision :** 17.12.2015

**Partie :** Banque étrangère X

**Sujet :** Prolongation des mesures ordonnées dans la décision de reconnaissance du 14.8.2014

**Résumé :** En date du 14.8.2014, la FINMA a reconnu deux mesures d'insolvabilité ordonnées par l'autorité de surveillance du Royaume de Bahreïn (mesure d'administration et désignation de l'administrateur) concernant X (cf. rapport sur l'*enforcement* **2014, cas 55**). Cette décision de la FINMA prévoit une reconnaissance limitée à la durée de deux ans pour être en ligne avec les décisions évoquées prises par l'autorité de surveillance du Royaume de Bahreïn. Par décision du 7.6.2015, l'autorité compétente de Bahreïn a prolongé pour une durée de deux ans à partir du 30.7.2015 les décisions évoquées supra, étant donné que le but de la mesure initiale d'administration n'était pas encore pleinement atteint. Dans la mesure où elle était conforme au droit, la FINMA a donné suite à la requête en prolongation des mesures de reconnaissance déposée.

**Mesures :** Prolongation jusqu'au 29.7.2017 des mesures ordonnées par la décision du 14.8.2014 et publication dans la Feuille officielle suisse du commerce.

**Entrée en force :** La décision est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

53

**Entscheiddatum:** 4.5.2015

Beschwerdeführer: A, B und C

**Thema:** Bestehen einer Angebotspflicht

**Zusammenfassung:** Die Familie D hielt über die X AG mehr als 50% der Stimmrechte sowie gut 16% des Kapitals der börsenkotierten Y AG, deren Statuten eine Opting-out-Klausel enthalten. Ende 2014 verpflichtete sich die Familie D, sämtliche Aktien der X AG an die Z AG zu veräussern. Auf Gesuch der X AG stellte die Übernahmekommission fest, dass das in den Statuten der Y AG verankerte Opting-out gültig ist. Gegen diese Verfügung erhoben die Aktionäre A, B und C, die gemeinsam über mehr als 3% der Stimmrechte der Y AG verfügten, Einsprache bei der Übernahmekommission und stellten gleichzeitig ein Gesuch um Feststellung einer Angebotspflicht der Z AG. Die Übernahmekommission wies beide Begehren ab; A, B und C erhoben daraufhin Beschwerde bei der FINMA. Die FINMA kam zum Schluss, dass das Opting-out für jeden potenziellen Erwerber einer Mehrheitsbeteiligung an der Y AG gilt. Die Y AG habe das Opting-out in eindeutiger und transparenter Weise zur Bewahrung des vor dem Inkrafttreten des Börsengesetzes geltenden Regimes eingeführt. Die in den Statuten der Y AG ebenfalls enthaltene Vinkulierung und das Opting-out seien daher nicht in Abhängigkeit voneinander auszulegen. Die FINMA

stellte zudem fest, dass die Z AG die Opting-out-Klausel nicht rechtsmissbräuchlich angerufen habe. Sie wies darauf hin, dass die zu beurteilende Situation die dem geltenden Recht immanenten Möglichkeiten zur Ungleichbehandlung der Investoren aufzeige. Das ändere jedoch nichts daran, dass der Gesetzgeber die dafür notwendigen Instrumente – Opting-out, Vinkulierung und Stimmrechtsaktien – zur Verfügung stellt und in der vorliegenden Kombination für zulässig erachtet. Vor diesem Hintergrund verzichtete die FINMA darauf, sich mit den Vorbringen der Parteien zu den wirtschaftlichen Aspekten der Transaktion auseinanderzusetzen oder die von der Y AG beantragten Massnahmen zum Schutz der Publikumsaktionäre zu gewähren. Letztere werden nur angewendet, wenn eine Angebotspflicht vorliegt.

**Ausgang des Verfahrens:** Abweisung der Beschwerde.

**Rechtskraft:** Bestätigt mit Urteil des BVGer B-3119/2015 vom 27.8.2015 (letztinstanzlich).

**Medienmitteilung der FINMA vom 4.5.2015**

### 54

**Entscheiddatum:** 21.8.2015

**Gesuchstellerin:** X AG

**Thema:** Offenlegung von Beteiligungen

**Zusammenfassung:** Die Emittentin X plante die Durchführung einer Kapitalerhöhung. Vorab sollten sich institutionelle Investoren zur Festübernahme von Aktien verpflichten. Wird eine solche Festübernahmevereinbarung vor Durchführung der Kapitalerhöhung unterzeichnet, sieht das Offenlegungsrecht vor, dass der prozentuale Anteil der Beteiligung gestützt auf die Anzahl Aktien nach der Kapitalerhöhung, aber in Relation zum aktuellen Aktienkapital vor der Kapitalerhöhung berechnet wird. Es ist daher denkbar, dass ein Investor, der nach Durchführung der Kapitalerhöhung weniger als 3 Prozent der Aktien der Emittentin hält, für den Zeitraum zwischen Abschluss der Festübernahmevereinbarung und der Publikation der Kapitalerhöhung im Schweizerischen Handelsamtsblatt infolge rechnerischer Überschreitung des 3-Prozent-Grenzwerts meldepflichtig wird. X ersuchte die Offenlegungsstelle einer Börse um eine Ausnahme von der Meldepflicht sowie um Feststellung, dass die Investoren aufgrund der Unterzeichnung der Vereinbarungen keine offenlegungsrechtliche Gruppe

bilden. Infolge ungenügender Sachverhaltsdarstellung in der Empfehlung der Börse hat die FINMA die Sache zur eigenen Entscheidung an sich gezogen. Gestützt auf die der FINMA eingereichten Unterlagen konnte die Empfehlung der Börse schliesslich bestätigt werden. Die Ausnahme von der Meldepflicht wurde gewährt aufgrund der kurzen, rein rechnerischen Grenzwertüberschreitung von lediglich 8 Börsentagen sowie der Unmöglichkeit, mit den noch nicht ausgegebenen Aktien in diesem Zeitraum zu stimmen. Zudem wurde nach Durchsicht der entsprechenden Entwürfe festgestellt, dass die Unterzeichnung der Festübernahmevereinbarungen durch die voneinander unabhängigen und untereinander nicht abgestimmten Investoren keine Gruppenbildung bewirkt.

**Ausgang des Verfahrens:** Gewährung einer Ausnahme von der Offenlegungspflicht und Vorabentscheid betreffend Gruppenbildung.

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

## Internationale Amtshilfe (Auswahl)

55

**Entscheiddatum:** 23.1.2015

**Zusammenfassung:** Die deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ersuchte die FINMA um Amtshilfe wegen Verdachts auf Marktmanipulation in der Form des sog. Scalpings. Eine Gruppe von Personen habe die Aktien eines substanzlosen, börsennotierten Unternehmens durch verschiedene Medien massiv beworben und so ein Kaufinteresse am Markt erzeugt. Anschliessend hätten sie ihre Aktienbestände zu höheren Börsenpreisen verkauft. Die vom Amtshilfesuch der BaFin betroffene Kontoinhaberin brachte unter anderem vor, dass die BaFin das Amtshilfesuch in Umgehung des Rechtshilfewege in Strafsachen gestellt habe. Die FINMA wies dieses Argument zurück und hielt fest, dass die BaFin ein eigenes aufsichtsrechtliches Interesse an der Durchsetzung von Aufsichtsrecht verfolge und über eigene Sanktionsmöglichkeiten verfüge. Der Umstand, dass vor dem Amtshilfesuch ein Strafverfahren eingeleitet worden sei, spreche nicht gegen die Gewährung der Amtshilfe. Damit sei vorliegend keine unzulässige Umgehung der Rechtshilfe durch die BaFin auszumachen. Die FINMA bestätigte weiter, dass die BaFin die erhaltenen Informationen gemäss Art. 38 Abs. 2 Bst. a BEHG zwecks Durchsetzung von Regulierungen über Börsen, Effektenhandel und Effektenhändler an andere Behörden, Gerichte oder Organe weiterleiten dürfe (sog. Spezialitätsprinzip). Es wäre nicht zweckmässig und widerspräche dem Grundsatz der Verfahrensökonomie, wenn ausländische Strafbehörden bereits im Rahmen der Amtshilfe für Amtshilfeszwecke ermittelte Informationen nochmals mittels Rechtshilfe in Strafsachen in der Schweiz beschaffen müssten.

**Rechtskraft:** Bestätigt mit Urteil des BVGer B-759/2015 vom 15.4.2015 (letztinstanzlich).

56

**Entscheiddatum:** 29.1.2015

**Zusammenfassung:** Die United States Securities and Exchange Commission (SEC) ersuchte die FINMA um Amtshilfe wegen eines möglichen Verstosses gegen das Insiderhandelsverbot. Die Kontoinhaberin machte geltend, dass der Verdacht des Insiderhandels durch einen rechtskräftigen Freispruch des wirtschaftlich Berechtigten am Konto in einem Strafverfahren eines anderen Landes bereits ausgeräumt sei. Die FINMA hielt in ihrer Verfügung fest, dass sie im Rahmen eines Amtshilfesuchs grundsätzlich nur prüfe, ob ein ausländisches Gesuch gemäss schweizerischem Recht die Voraussetzungen für die Amtshilfeleistung erfülle. Dazu gehöre unter anderem ein ausreichender Anfangsverdacht, der im vorliegenden Fall nicht bestritten werde. In der Sache selbst nehme die FINMA keine Abklärungen vor. Damit erübrige sich jegliche Auseinandersetzung mit ausländischen Vorschriften. Ausländische Urteile, denen möglicherweise ein ähnlicher Sachverhalt zugrunde liege, müssten nicht für die Prüfung des Anfangsverdachts herangezogen werden. Ein solcher Einwand könne allenfalls im Hauptverfahren der ersuchenden Behörde vorgebracht werden.

**Rechtskraft:** Bestätigt mit Urteil des BVGer B-837/2015 vom 10.7.2015 (letztinstanzlich).

57

**Date de la décision :** 5.2.2015

**Résumé :** L'Autorité des marchés financiers française (AMF) a adressé à la FINMA une requête d'entraide administrative concernant un soupçon de délit d'initié. Suite à la diminution consécutive du cours du titre après une annonce négative, l'AMF a remarqué qu'une société suisse, agissant en tant que gestionnaire, avait vendu une quantité notable de titres la veille de l'annonce, puis les avait rachetés dès le lendemain, profitant de la diminution du cours du titre. Les documents bancaires ont révélé que la société avait effectué ces transactions pour le compte d'un seul client auquel la FINMA a notifié une décision formelle. Ce client a fait valoir sa qualité de tiers non impliqué dès lors que la décision d'investissement aurait été prise par son gérant sur la base d'un mandat de gestion discrétionnaire écrit, clair et sans équivoque. Partant, les informations le concernant ne devraient pas selon lui être transmises à l'AMF en vertu de l'art. 38 al. 4 LBVM. La FINMA a constaté l'existence d'un tel mandat, mais a également considéré que le fait que les transactions sur le titre sous enquête ont été effectuées uniquement pour ce client attestait du caractère exceptionnel de ces opérations. Si la décision d'investissement découlait réellement d'une analyse du marché, elle aurait également pu intéresser d'autres clients. Par ailleurs, le Tribunal administratif fédéral a déjà été amené à s'interroger sur la nature de la relation entre la société de gestion et le client en question, et en particulier sur les instructions données par celui-ci. Enfin, le client n'a pas été en mesure d'apporter la preuve qu'il n'était pas intervenu dans le processus de décision et d'exécution des ordres. En conséquence, le client n'a pas été en mesure de démontrer qu'il n'était manifestement pas impliqué.

**Entrée en force :** Confirmé par arrêt du TAF B-921/2015 du 1.6.2015 (dernière instance).

58

**Date de la décision :** 25.6.2015

**Résumé :** L'Autorité des marchés financiers française (AMF) a adressé à la FINMA une requête d'entraide administrative concernant un soupçon de délit d'initié. Suite à la diminution conséquente du cours du titre après une annonce négative, l'AMF a remarqué qu'un fonds localisé aux îles Caïmans avait vendu des titres quelques jours à quelques heures avant l'annonce, puis les avait rachetés le lendemain de l'annonce. L'AMF a informé la FINMA que des parts du fonds étaient déposées auprès d'une banque suisse et qu'elle souhaitait connaître l'identité des personnes qui détenaient ces parts. L'édition de documents bancaires a révélé que ces parts étaient détenues par la société X. La FINMA a constaté que l'ayant droit économique et signataire sur le compte, A, entretenait des liens professionnels étroits avec les deux gérants du fonds à travers duquel les transactions litigieuses ont été effectuées ; tous trois exerceraient par ailleurs une activité au sein de la société de gestion Y. Se prévalant de la qualité de tiers non impliqué, la société X ainsi que A ont avancé qu'on ne saurait suspecter tous les détenteurs de parts du fonds de délit d'initié. La FINMA a considéré qu'il ressortait de la requête de l'AMF que cette dernière avait déjà établi l'identité du donneur d'ordre des transactions sous enquête et qu'elle tendait à déterminer l'existence de liens entre les gestionnaires du fonds, respectivement ses actionnaires et les porteurs de parts du fonds. La tâche de l'AMF consiste donc à identifier toutes les personnes faisant potentiellement partie d'un cercle d'initié. Le seul fait que les transactions ont été effectuées pour le compte d'un fonds ne saurait justifier la qualification a priori de tous les bénéficiaires comme tiers non impliqués, au risque de permettre de cacher systématiquement l'identité des ayants droit économique du patrimoine constituant le fonds.

**Entrée en force :** Confirmé par arrêt du TAF B-4154/2015 du 5.10.2015 (dernière instance).

59

**Entscheiddatum:** 9.7.2015

**Zusammenfassung:** Die britische Financial Conduct Authority (FCA) ersuchte die FINMA um Amtshilfe wegen eines möglichen Verstosses gegen das Insiderhandelsverbot. Im Herbst 2012 sei die Bekanntgabe eines geplanten Zusammenschlusses der Gesellschaften X und Y erfolgt. Im Frühling 2013 erklärte die Gesellschaft X via Medienmitteilung, dass der geplante Zusammenschluss nicht fortschreite, worauf der Aktienkurs der Gesellschaft X fiel. Auf Antrag des Rechtsvertreters von drei betroffenen Bankkundinnen wurden die Verfahren vereinigt. Die FINMA hielt in ihrer Verfügung fest, dass sich das Amtshilfegesuch der FCA auf die Verkäufe in X-Aktien beziehe, welche unmittelbar vor der (negativen) Mitteilung im Frühling 2013 stattgefunden hätten. Aus den Bankunterlagen sei ersichtlich, dass unmittelbar vor der (positiven) Ankündigung der beabsichtigten Fusion zwischen den Gesellschaften X und Y im Herbst 2012 für die Konten eines Teils der betroffenen Kontoinhaberinnen Aktien der X erworben worden seien. Die FINMA sei unter diesen Umständen dazu berechtigt, die FCA darüber zu informieren. Bundesgericht und Bundesverwaltungsgericht hätten wiederholt festgehalten, dass die FINMA befugt sei, Informationen spontan und ohne konkrete Anfrage zu liefern, die direkt mit einem Amtshilfegesuch in Zusammenhang stünden. Die zusätzlich zu übermittelnden Informationen zum Erwerb von X-Aktien durch die Kontoinhaberinnen seien aufsichtsrechtlich von Bedeutung. Sie dienten im Rahmen der Untersuchung der FCA zur Klärung des Verdachts, ob die Bankkundinnen Insiderwissen zur geplanten Fusion gehabt hätten. Diese Information könne im Verfahren der FCA zu einem sachgerechten Entscheid führen.

**Rechtskraft:** Bestätigt mit Urteil des BVGer B-4565/2015 vom 18.11.2015 (letztinstanzlich).

### 60

**Date de la décision :** 19.11.2015

**Résumé :** La U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA en relation avec les titres des sociétés W, X, Y et Z. Selon la SEC, entre 2004 et 2011, A et sa société V auraient assisté des sociétés non cotées à devenir cotées en bourse aux Etats-Unis par des opérations de fusion avec des sociétés-écrans cotées (*reverse mergers*). Par diverses manœuvres, A aurait frauduleusement obtenu le contrôle sur 80% desdites sociétés-écrans sans respecter ses obligations de divulgation, puis aurait utilisé son contrôle pour manipuler le cours de ces titres afin de générer des profits substantiels, qui auraient ensuite été transférés sur des comptes ouverts auprès d'une banque suisse aux noms des sociétés M, N et O, dont l'ayant droit économique de ces dernières était B, à savoir la sœur de A. Durant la période sous enquête, les trois sociétés ont réalisé des transactions pour des montants considérables. Après jonction des causes ouvertes à l'égard des trois sociétés, la FINMA a notifié sa décision à B, qui s'est opposée à la transmission des informations la concernant au motif qu'elle ne serait pas impliquée dans les opérations litigieuses et que A ne disposait d'aucun pouvoir sur les comptes sous enquête. Elle s'est par ailleurs appuyée sur la proportionnalité pour s'opposer à la transmission d'informations au-delà d'une certaine période. Entretemps, la SEC a confirmé ses soupçons et, conformément à son droit procédural, a publié

une plainte déposée contre A, B et le gestionnaire suisse des comptes ouverts aux noms de M, N et O. Les informations publiées par la SEC corroborent celles en possession de la FINMA et fournissent des indices supplémentaires sur l'implication des sociétés M, N et O dans les opérations frauduleuses. Etant donné que la SEC soupçonne que les comptes des sociétés offshore sont détenus par les membres de la famille de A, que B est l'ayant droit économique des comptes des sociétés M, N et O et que B a par ailleurs été directrice de la société V, B doit être considérée comme impliquée dans les faits de la cause. Il importe peu à ce titre de savoir si A disposait effectivement d'un contrôle sur les comptes. En ce qui concerne la proportionnalité des informations à transmettre, la FINMA ne saurait effectuer un caviardage de la documentation bancaire sans courir le risque de priver l'autorité étrangère d'informations potentiellement utiles à son enquête. Partant, les conditions de l'entraide sont réunies.

**Entrée en force :** Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral ; procédure de recours TAF B-7773/2015.



### Übersicht

Eine Verfügung der FINMA kann mit Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen werden. Grundsätzlich ist gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten ans Bundesgericht zulässig. Eine Ausnahme gilt für Verfügungen in der internationalen Amtshilfe und bei Entscheidungen der FINMA über öffentliche Kaufangebote: Hier entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz.

Es folgt eine Auflistung der Gerichtsentscheide aus dem Jahr 2015, die in den Zuständigkeitsbereich der FINMA fallen. Zur besseren Übersicht ist die Liste nach Kategorien gegliedert, wobei unterschieden wird zwischen Urteilen zum bewilligten Bereich (S. 42), zu unerlaubt tätigen Finanzdienstleistern (S. 43), zu Insolvenzfällen (S. 45) und zur Internationalen Amtshilfe (S. 46). Mittels der Urteilsnummern können die Entscheide in den Datenbanken der Gerichte aufgerufen werden.

### Bewilligter Bereich

#### Urteile des Bundesgerichts

Urteil BGer 2C\_1058/2014 vom 28.8.2015 (Urteil BVGer B-5579/2013 vom 14.10.2014) / Zustimmungserfordernis: Abweisung der Beschwerde (Beschwerdeführerin war die FINMA)

Urteil BGer 2C\_1097/2014 vom 6.10.2015 (Urteil BVGer B-198/2014 vom 5.11.2014) / Beurteilungsschreiben 2013, Aufsichtsklassifizierung: Abweisung der Beschwerde

Urteil BGer 2C\_345/2015 vom 24.11.2015 (Urteil BVGer B-2091/2014 vom 23.3.2015) / Ausnahme von der Unterstellung unter das BankG: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 2**)

#### Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Urteil BVGer B-2091/2014 vom 23.3.2015 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C\_345/2015 vom 24.11.2015) / Ausnahme von der Unterstellung unter das BankG und von der Sorgfaltspflicht nach GwG: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 2**)

Abschreibungsentscheid BVGer B-1631/2015 vom 2.6.2015 (rechtskräftig) / Aufhebung der Unterstellung unter die Bank- und Börsengesetzgebung: Beschwerdeverfahren wird als gegenstandslos abgeschrieben

Teilurteil BVGer B-5041/2014 vom 29.6.2015 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C\_739/2015) / Berufsverbot: Abweisung der Beschwerde gegen Berufsverbot und Verfahrenskosten, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 10**)

Arrêt du TAF B-3446/2014 du 14.8.2015 (entré en force) / Retrait d'autorisation : rejet du recours dans la mesure où il est recevable et n'est pas devenu sans objet (cf. rapport sur l'enforcement **2014, cas 7**)

Urteil BVGer B-2200/2014 vom 20.8.2015 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C\_867/2015) / Anpassung des Reglements an die Vorgaben der Geldwäschereiverordnung-FINMA: teilweise Gutheissung, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 3**)

Urteil BVGer B-3119/2015 vom 27.8.2015 (letztinstanzlich) / Angebotspflicht: Beschwerde abgewiesen, soweit darauf eingetreten (siehe **Fall 53**)

Abschreibungsentscheid BVGer B-5041/2014 vom 5.10.2015 (rechtskräftig) / Zustimmungserfordernis: gegenstandslos abgeschrieben (siehe **Fall 13** und Enforcementbericht **2014, Fall 10**)

### Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

Urteil BVGer B-3625/2014 vom 6.10.2015 (rechtskräftig) / Berufsverbot: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 6**)

Arrêt du TAF B-3224/2013 du 23.11.2015 (fait l'objet d'un recours ; cf. procédure du TF 2C\_29/2016) / Retrait des agréments en tant que société d'audit selon l'OA-FINMA et la LBA : le recours est rejeté pour autant que recevable

#### Urteile des Bundesgerichts

Sentenza TF 2C\_455/2014 del 27.1.2015 (Sentenza TAF B-5051/2012 / B-3142/2012 del 10.4.2014) / Attività di commerciante di valori mobiliari / rifiuto dell'autorizzazione / liquidazione / fallimento: ricorso respinto, per quanto ammissibile

Urteil BGer 2C\_97/2015 vom 28.4.2015 (Zwischenverfügung BVGer B-6737/2014 vom 24.12.2014) / Unbewilligte Ausübung der Finanzintermediation, Liquidation, Tätigkeitsverbot und Publikation; Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung: Nichteintreten auf die Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 44**)

Urteil BGer 2C\_478/2015 vom 3.6.2015 (Urteil BVGer B-6734/2014 vom 23.4.2015) / Vorsorgliche Massnahmen (Einsetzung eines Untersuchungsbeauftragten / Sperrung von Bankkonten: Nichteintreten auf die Beschwerde (siehe **Fall 31**)

Urteil BGer 2C\_531/2015 vom 18.6.2015 (Urteil BVGer B-3759/2014 vom 11.5.2015) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, Verbot einer finanzmarktrechtlichen Tätigkeit, Streichung aus dem Versicherungsvermittler-Register, Publikation: Nichteintreten auf die Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 40**)

Urteil BGer 2C\_567/2015 vom 24.7.2015 (Zwischenverfügung BVGer B-3729/2015 vom 15. und 23.6.2015 sowie 1. und 8.7.2015) / Unbewilligte Entgegennahme von Publikumseinlagen / Liquidation und Konkurs / Unterlassungsanweisung und Publikation (Gesuch um Erteilung und superprovisorische Erteilung der aufschiebenden Wirkung): Nichteintreten auf die Beschwerde (siehe **Fall 31**)

Urteil BGer 2C\_1055/2014 vom 2.10.2015 (Urteil BVGer B-5073/2012 und B-5081/2012 vom 24.9.2014) / Entgegennahme von Publikumseinlagen, Liquidation, Konkurs und Werbeverbot: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten

Urteil BGer 2C\_642/2015 vom 9.11.2015 (Zwischenverfügung BVGer B-2147/2015 vom 26.6.2015) / Vorsorgliche Massnahmen, Einsetzung einer Untersuchungsbeauftragten (Gesuch um Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung): Nichteintreten auf die Beschwerde (siehe **Fall 42**)

Arrêt du TF 2C\_358/2015 du 28.12.2015 (arrêt du TAF B-490/2013 du 6.3.2015) / Obligation d'obtenir une autorisation de la FINMA ou de s'affilier à un organisme d'autorégulation en tant qu'intermédiaire financier agissant à titre professionnel, nomination d'un chargé d'enquête : recours rejeté

### Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Arrêt du TAF B-490/2013 du 6.3.2015 (faisait l'objet d'un recours ; arrêt du TF 2C\_358/2015 du 28.12.2015) / Obligation d'obtenir une autorisation de la FINMA ou de s'affilier à un organisme d'autorégulation en tant qu'intermédiaire financier agissant à titre professionnel, rejet d'une demande de récusation, nomination d'un chargé d'enquête : recours contre une première décision incidente irrecevable, recours contre une deuxième décision incidente rejeté et recours contre la décision finale rejeté

Arrêt du TAF B-2421/2013 du 14.4.2015 (entré en force) / Exercice d'une entreprise d'assurance non agréementée, liquidation, interdiction de pratiquer une activité d'assurance et de faire de la publicité : recours de la personne Y irrecevable, recours de la société devenu sans objet

Urteil BVGer B-2147/2015 vom 8.5.2015 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C\_642/2015 vom 9.11.2015) / Superprovisorisch verfügte vorsorgliche Massnahmen: Nichteintreten auf die Beschwerde (siehe **Fall 42**)

Urteil BVGer B-3759/2014 vom 11.5.2015 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C\_531/2015 vom 18.6.2015) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, Verbot einer unerlaubten Tätigkeit (mit 2-jähriger Publikation), Streichung aus dem Versicherungsvermittler-Register: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 40**)

Urteil BVGer B-5540/2014 vom 2.7.2015 (rechtskräftig) / Emissionshaustätigkeit, Liquidation / Konkurs, Verbot einer unerlaubten Tätigkeit / Publikation: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 43**)

### Insolvenzentscheide

#### Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Urteil BVGer B-3100/2013 vom 30.6.2015 (rechtskräftig) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen, Werbeverbot: Abweisung der Beschwerde  
Abschreibungsentscheid BVGer B-6734/2014 vom 20.10.2015 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C\_1048/2015 vom 4.1.2016) / Vorsorgliche Massnahmen: gegenstandslose Abschreibung des Beschwerdeverfahrens (siehe **Fall 31**)

Urteil BVGer B-7096/2013 vom 16.11.2015 (rechtskräftig) / Bewilligungsentzug und Liquidation: Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-4639/2014 vom 23.11.2015 (rechtskräftig) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen, Konkurs, Werbeverbot: Abschreibung der Beschwerde (Beschwerdeführerinnen 2–4); Abweisung der Beschwerde (Beschwerdeführer 1 und 5) (siehe **Fall 32**)

Urteil BVGer B-422/2015 vom 8.12.2015 (rechtskräftig) / Einstellung des Enforcementverfahrens, Verfahrenskosten, Kosten der Untersuchungsbeauftragten: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 49**)

Urteil BVGer B-1617/2013 vom 3.3.2015 (rechtskräftig) / Konkurseröffnung: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten

Arrêt du TAF B-401/2015 du 18.8.2015 (fait l'objet d'un recours ; cf. procédure du TF 2C\_872/2015) / Mesures de sûreté, transfert du portefeuille d'assurance : le recours est irrecevable (cf. rapport sur l'enforcement **2014, cas 58**)

Arrêt du TAF B-42/2013 du 25.11.2015 (entré en force) / Transfert de portefeuille, modalités : le recours est irrecevable

### Internationale Amtshilfe

#### Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Urteil BVGer B-6050/2014 vom 21.1.2015 / BaFin / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 66**)

Urteil BVGer B-759/2015 vom 15.4.2015 / BaFin / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde (siehe **Fall 55**)

Urteil BVGer B-3201/2014 vom 28.4.2015 / FCA / Auskunftsverfahren im Rahmen eines internationalen Amtshilfeverfahrens: Beschwerde gutgeheissen und Aufhebung der Zwischenverfügung der FINMA sowie Rückweisung an die Vorinstanz

Urteil BVGer B-7550/2014 vom 30.4.2015 / BaFin / Internationale Amtshilfe: Gutheissung der Beschwerde und Aufhebung der Verfügung der FINMA

Arrêt du TAF B-921/2015 du 1.6.2015 / AMF / Entraide administrative internationale : rejet du recours (cf. **cas 57**)

Urteil BVGer B-1800/2015 vom 10.6.2015 / SEC / Internationale Amtshilfe (Verdacht auf Marktmanipulation), Akteneinsicht: Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-2529/2015 vom 7.7.2015 / SEC / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-2499/2015 vom 7.7.2015 / SEC / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-2500/2015 vom 7.7.2015 / SEC / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-837/2015 vom 10.7.2015 / SEC / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde der Beschwerdeführerin 1, Nichteintreten auf die Beschwerde des Beschwerdeführers 2 (siehe **Fall 56**)

Arrêt du TAF B-3763/2015 du 26.8.2015 / CNMV / Entraide administrative internationale : rejet du recours

Arrêt du TAF B-4154/2015 du 5.10.2015 / AMF / Entraide administrative internationale : rejet du recours (cf. **cas 58**)

Arrêt du TAF B3977/2015 du 20.10.2015 / AMF / Entraide administrative internationale : rejet du recours

Urteil BVGer B-2460/2015 vom 5.11.2015 / BCSC / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde

Urteil BVGer B-4565/2015 vom 18.11.2015 / FCA / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde (siehe **Fall 59**)

Arrêt du TAF B-4677/2015 du 26.11.2015 / SEC / Entraide administrative internationale : rejet du recours

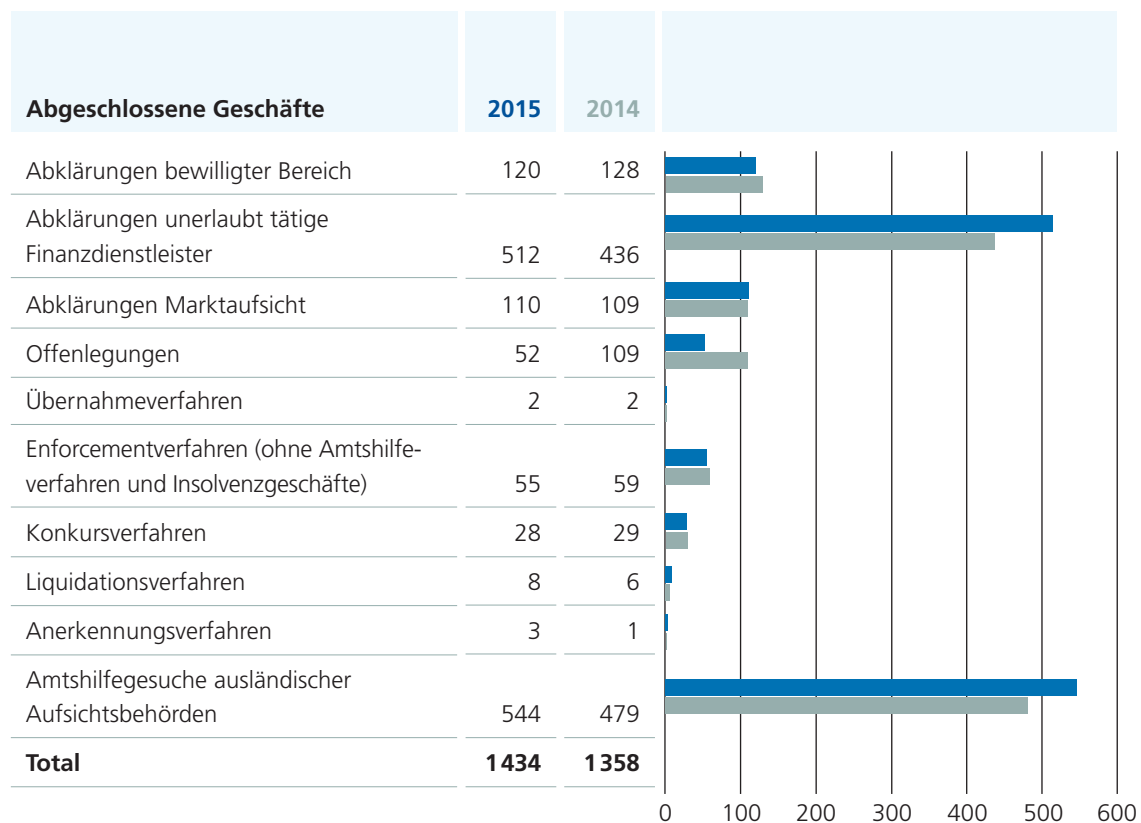
Arrêt du TAF B-4683/2015 du 26.11.2015 / SEC / Entraide administrative internationale : rejet du recours

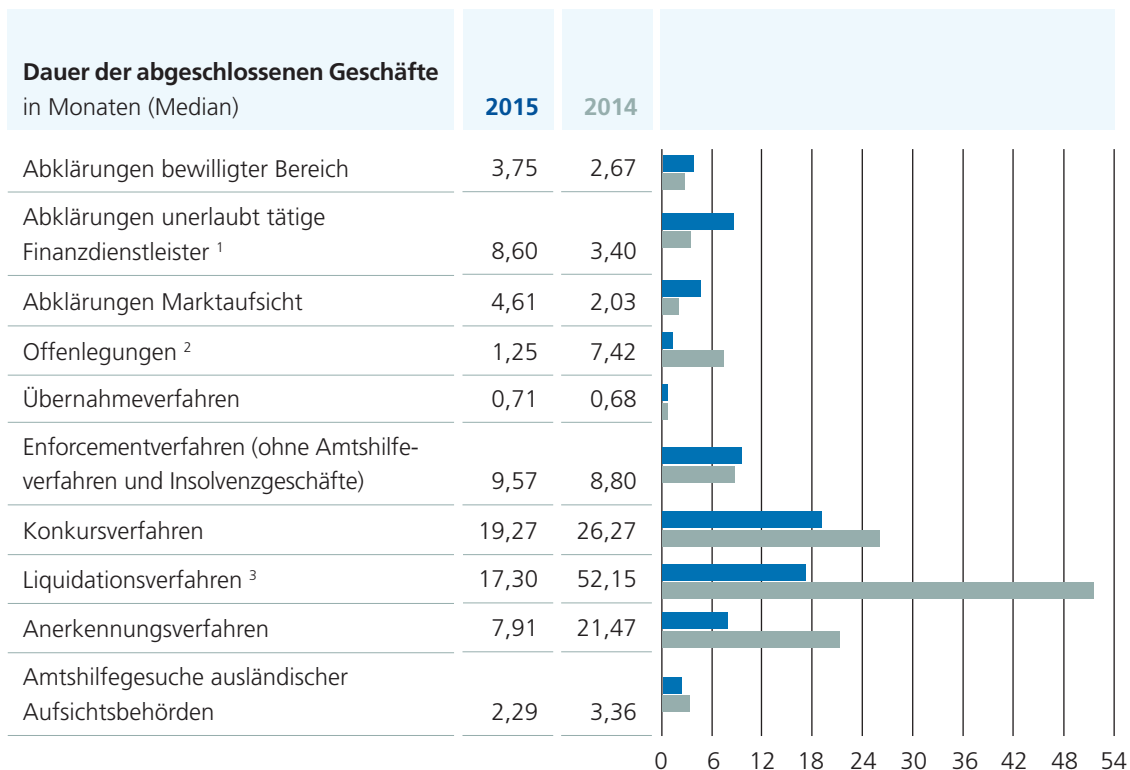
Arrêt du TAF B-4682/2015 du 26.11.2015 / SEC / Entraide administrative internationale : rejet du recours

Arrêt du TAF B-4843/2015 du 26.11.2015 / SEC / Entraide administrative internationale : rejet du recours

Allgemeine Statistiken

Abgeschlossene Enforcementgeschäfte





<sup>1</sup> Die FINMA arbeitete 2015 einen Dossierüberhang an Abklärungen zu unerlaubt tätigen Finanzdienstleistern ab. Diese älteren Dossiers verlängerten die Dauer der abgeschlossenen Abklärungen im Vergleich zum Vorjahr.

<sup>2</sup> Die FINMA arbeitete 2014 eine Vielzahl älterer Fälle betreffend Offenlegung von Veräusserungspositionen im Rahmen von Mitarbeiterprogrammen ab. Der Wegfall dieser Dossiers verkürzte 2015 die Dauer der abgeschlossenen Offenlegungen im Vergleich zum Vorjahr.

<sup>3</sup> Die Verfahrensdauer hängt von den Besonderheiten des Einzelfalls ab, weshalb ein Vergleich mit Vorjahreszahlen beschränkt aussagekräftig ist. Im Jahr 2015 verkürzte sich diese Dauer, unter anderem wegen der Zunahme der mangels Aktiven eingestellten Konkursverfahren.



### Abklärungen

<b>Abgeschlossene Abklärungen nach Thema</b> (Auswahl an Themen; mehrere Themen je Abklärung möglich)	<b>2015</b>	<b>2014</b>
<b>Bewilligter Bereich</b>		
Bewilligungsgesuche	9	9
Verantwortlichkeit natürliche Personen	31	27
Organisation	40	33
Sorgfaltspflichten nach GwG	29	21
<b>Unerlaubte Tätigkeit</b>		
Effektenhandel ohne Bewilligung	54	33
Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne Bewilligung	215	88
Verwendung Begriff «Bank» etc.	20	2
Finanzintermediär GwG ohne Bewilligung / SRO-Anschluss	299	133
Schweizerische kollektive Kapitalanlagen ohne Bewilligung	43	13
Versicherungstätigkeit ohne Bewilligung	8	3
<b>Marktaufsicht</b>		
Insiderhandel	93	93
Marktmanipulation	18	17
<b>Offenlegungen</b>		
Empfehlung	9	7
Meldepflichtverletzung	43	102

## Statistik

<b>Abgeschlossene Abklärungen nach Art der Betroffenen</b> (Auswahl an Betroffenen; mehrere Betroffene je Abklärung möglich)	<b>2015</b>	<b>2014</b>
<b>Bewilligter Bereich</b>		
Bank / Effekthändler	55	57
DUFI	8	11
Versicherungen	10	3
Asset Manager (Vermögensverwalter schweizerischer kollektiver Kapitalanlagen)	7	7
Natürliche Personen	18	17
<b>Unerlaubte Tätigkeit</b>		
Juristische Personen	496	482
Natürliche Personen	16	29
<b>Offenlegungen</b>		
Bank / Effekthändler	6	4
DUFI	0	1
Versicherungsunternehmen	0	1
Asset Manager (Vermögensverwalter schweizerischer kollektiver Kapitalanlagen)	0	0
Investoren	42	94

### Enforcementverfahren

<b>Abgeschlossene Enforcementverfahren nach Bereich</b> (ohne Amtshilfverfahren und Insolvenzgeschäfte)	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Bewilligter Bereich	16	21
davon Banktätigkeit / Effektenhandel	5	9
davon Versicherungstätigkeit	2	1
davon DUFI	2	5
davon Asset Management (Vermögensverwalter schweizerischer kollektiver Kapitalanlagen)	0	1
davon ausländische kollektive Kapitalanlagen	2	5
davon andere	5	0
Einzelverfahren gegen Mitarbeitende / Organe von Bewilligungsträgern	24	16
Unerlaubter Bereich	15	22
<b>Total (einschliesslich 6 / 3 eingestellte Verfahren)</b>	<b>55</b>	<b>59</b>

<b>Von abgeschlossenen Enforcementverfahren betroffene Parteien</b> (ohne Amtshilfverfahren und Insolvenzgeschäfte; mehrere betroffene Parteien je Verfahren möglich)	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Bewilligungsträger	22	38
Mitarbeitende / Organe von Bewilligungsträgern	26	17
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister (natürliche und juristische Personen)	35	91
<b>Total</b>	<b>83</b>	<b>146</b>

### Insolvenzgeschäfte

Insolvenzgeschäfte nach Thema (Auswahl)	Eröffnungen		Abschlüsse	
	2015	2014	2015	2014
Bewilligungsträger BankG / BEHG	2	3	1	2
Bewilligungsträger GwG	2	1	1	0
Bewilligungsträger KAG	0	1	1	0
Bewilligungsträger VAG	0	1	0	0
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister BankG / BEHG	18	32	32	33
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister GwG	2	4	1	0
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister KAG	0	4	0	0
Ausländische Institute BankG / BEHG	0	6	3	1
Ausländische Institute KAG	0	1	0	0

### Internationale Amtshilfe

Amtshilfegesuche von ausländischen Behörden

Abgeschlossene Amtshilfegesuche nach Themen (Amtshilfeleistung)	2015	2014
Marktaufsicht Insiderhandel, Marktmanipulation; Verletzung übriger Börsenvorschriften	260	227
Institutsaufsicht Abklärungen Art. 4 <sup>quinquies</sup> BankG, Allgemeine Anfragen und Direktlieferungen Art. 271 StGB, Banking Supervision, Courtesy Visit, Crossborder, Fit & Proper, Insurance Supervision, Unerlaubte Tätigkeit, Verletzung GwG, Verletzung KAG, Verletzung Offenlegungspflicht	267	247
Andere (z.B. spontane Amtshilfe, Weiterleitungsverfahren)	17	5
<b>Total</b>	<b>544</b>	<b>479</b>

Abgeschlossene Amtshilfegesuche nach Land (Amtshilfeleistung)	2015	2014
Frankreich	96	73
Deutschland	56	66
USA	61	52
Vereinigtes Königreich	31	33
Österreich	23	23
Italien	17	15
Kanada	15	13
Liechtenstein	1	2
Übrige europäische Behörden (EU)	147	120
Übrige europäische Behörden (Nicht-EU)	12	15
Naher Osten, mittel- und südamerikanische und asiatische Behörden	76	61
Afrikanische Behörden	9	6
<b>Total</b>	<b>544</b>	<b>479</b>

### Kundenverfahren

Betreffend Amtshilfesuche ausländischer Behörden wurden im Berichtsjahr 274 (Vorjahr: 352) Kunden von Bewilligungsträgern notifiziert, wobei in 28 (Vorjahr: 25) Fällen eine anfechtbare Verfügung verlangt wurde. 20 (Vorjahr: 11) Verfügungen wurden beim Bundesverwaltungsgericht angefochten.

Das Bundesverwaltungsgericht hat 2015 in 14 (Vorjahr: 12) Fällen entschieden, davon in 12 (Vorjahr: 12) zugunsten der FINMA.

### Amtshilfebegehren der FINMA an ausländische Behörden

Abgeschlossene Amtshilfebegehren nach Land (Amtshilfeersuchen)	2015	2014
Frankreich	0	4
Deutschland	11	4
USA	0	0
Vereinigtes Königreich	8	9
Österreich	2	3
Italien	0	0
Kanada	0	0
Liechtenstein	3	5
Übrige europäische Behörden (EU)	8	4
Übrige europäische Behörden (Nicht-EU)	1	2
Naher Osten, mittel- und südamerikanische und asiatische Behörden	5	3
Afrikanische Behörden	0	0
<b>Total</b>	<b>38</b>	<b>34</b>

Abgeschlossene Amtshilfebegehren nach Bereich (Amtshilfeersuchen)	2015	2014
Bewilligter Bereich	3	13
Unerlaubte Tätigkeit	20	11
Marktaufsicht	15	10
<b>Total</b>	<b>38</b>	<b>34</b>

### Verfügungen in Enforcementgeschäften

#### Allgemein

Verfügungen nach Sprache	2015	2014
Deutsch	78	79
Französisch	24	28
Italienisch	12	8
<b>Total</b>	<b>114</b>	<b>115</b>

Verfügungen nach Art	2015	2014
Endverfügungen	88	89
Zwischenverfügungen	21	23
Wiedererwägungsverfügungen	5	3
<b>Total</b>	<b>114</b>	<b>115</b>

## Statistik

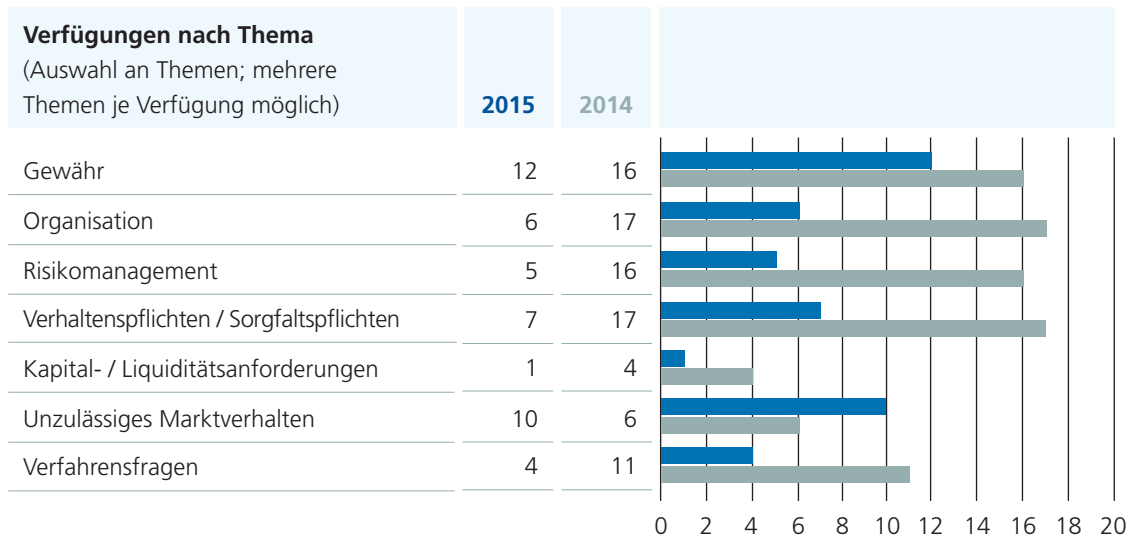
---

<b>Verfügungen nach Bereich</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Bewilligter Bereich	21	35
Unerlaubt tätige Finanzdienstleister	41	38
Marktaufsicht	11	6
Offenlegungen	1	0
Übernahmen	2	2
Insolvenz	10	8
Amtshilfe	28	25
Andere	0	1
<b>Total</b>	<b>114</b>	<b>115</b>

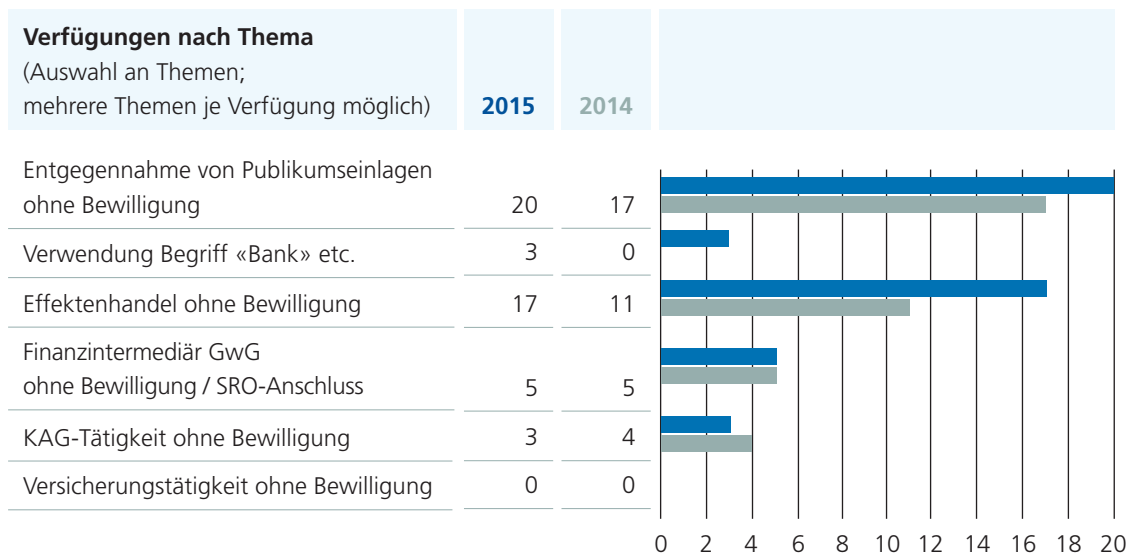
<b>Verfügungen nach betroffenen Personen</b> (mehrere betroffene Personen je Verfügung möglich)	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Juristische Personen	125	117
Natürliche Personen	71	61
<b>Total</b>	<b>196</b>	<b>178</b>



**Bewilligter Bereich und Marktaufsicht**



**Unerlaubt tätige Finanzdienstleister**

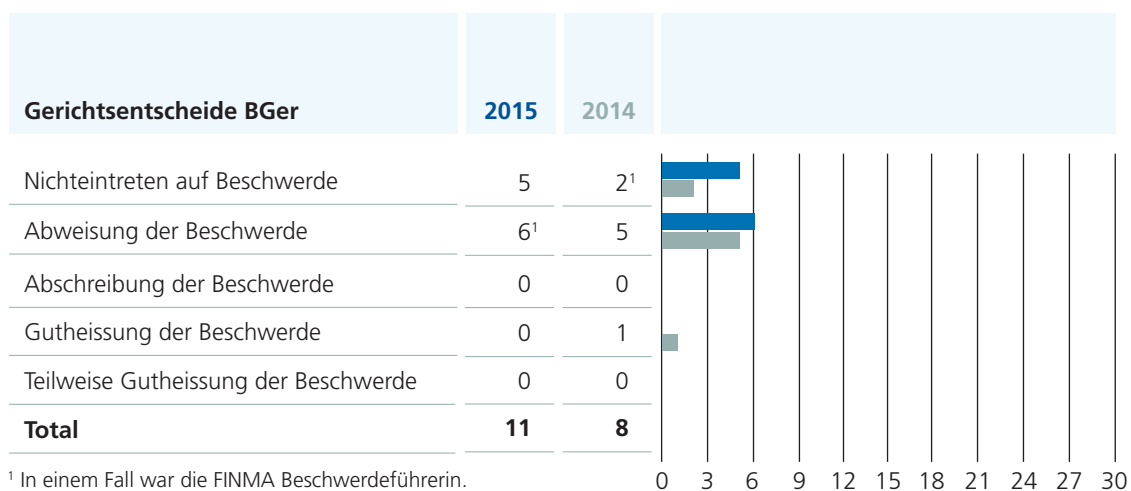
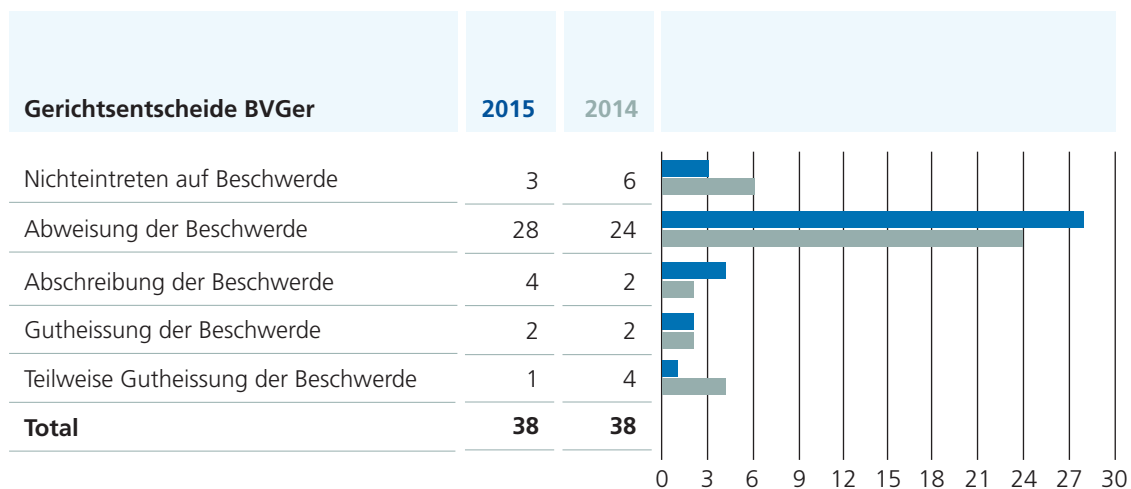


### Massnahmen

Massnahmen in Verfügungen (ohne Amtshilfverfahren; mehrere Massnahmen und mehrere betroffene Personen je Verfügung möglich)	betroffene juristische Personen		betroffene natürliche Personen	
	2015	2014	2015	2014
Auflagen und Einschränkungen (Art. 31 FINMAG)	8	12	0	0
Feststellungsverfügung (Art. 32 FINMAG)	28	56	31	26
Berufsverbot (Art. 33 FINMAG)	–	–	11	6
Tätigkeitsverbot (Art. 35a BEHG)	–	–	3	3
Unterlassungsanweisung	0	0	25	26
Veröffentlichung Verfügung / Dispositiv (Art. 34 FINMAG)	0	3	22	25
Einziehung (Art. 35 FINMAG)	1	2	1	0
Einsetzung Untersuchungsbeauftragter (Art. 36 FINMAG)	20	24	0	0
Umsetzungsbegleitung durch Dritte	4	7	0	0
Bewilligungsentzug (Art. 37 FINMAG)	4	5	0	1
Konkurseröffnung / Liquidation	20	38	0	0

## Statistik

### Gerichtsentscheide



<sup>1</sup> In einem Fall war die FINMA Beschwerdeführerin.

### Anzeigen an Strafverfolgungsbehörden

	2015	2014
<b>Strafanzeigen an Strafrechtsdienst EFD</b>		
<b>Strafanzeigen total</b>	<b>133</b>	<b>98</b>
<b>Anzahl angezeigte Personen</b>		
Unbekannt	0	1
Namentlich genannte natürliche Personen	75	60
Namentlich genannte juristische Personen	137	106
<b>Total</b>	<b>212</b>	<b>167</b>
<b>Thema der Strafanzeige</b> (mehrere Themen je Strafanzeige möglich)		
Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne Bewilligung	29	11
Verwendung Begriff «Bank» etc.	13	6
Effektenhandel ohne Bewilligung	4	6
Finanzintermediär GwG ohne Bewilligung / SRO-Anschluss	26	12
KAG-Tätigkeit ohne Bewilligung	15	6
Versicherungstätigkeit ohne Bewilligung	3	1
BEHG-Meldepflicht	41	46
GwG-Meldepflicht	1	2
Falsche Auskünfte gegenüber der FINMA	7	2
Widerhandlung gegen Verfügung der FINMA	0	1
Andere	10	12

## Statistik

---

<b>Strafanzeigen an Kantone</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
<b>Strafanzeigen total</b>	<b>17</b>	<b>12</b>
<b>Anzahl angezeigte Personen</b> (mehrere Personen je Strafanzeige möglich)		
Unbekannt	2	5
Namentlich genannte natürliche Personen	7	4
Namentlich genannte juristische Personen	11	3
<b>Total</b>	<b>20</b>	<b>12</b>
<b>Thema der Strafanzeige</b> (mehrere Themen je Strafanzeige möglich)		
Verletzung Bankkundengeheimnis	3	5
Vermögensdelikte	11	8
Andere	3	7

<b>Abschlussmeldungen an Bundesanwaltschaft</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
Meldungen mit Anzeigecharakter	7	7
Meldungen ohne Anzeigecharakter	63	71
<b>Total</b>	<b>70</b>	<b>78</b>

## Abkürzungen

Dieses Verzeichnis listet Abkürzungen in den Sprachen auf, wie sie im vorliegenden Bericht verwendet werden.

**a** alt

**Abs.** Absatz

**AG** Aktiengesellschaft

**al.** alinéa

**AMF** Autorité des marchés financiers (France)

**Art. / art.** Artikel / article / articolo

**AVO** Verordnung vom 9. November 2005 über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen (Aufsichtsverordnung; SR 961.011)

**AVO-FINMA** Verordnung der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht vom 9. November 2005 über die Beaufsichtigung von privaten Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsverordnung-FINMA; SR 961.011.1)

**BaFin** Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Deutschland)

**BankG** Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz; SR 952.0)

**BankV** Verordnung vom 30. April 2014 über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung; SR 952.02)

**BCSC** British Columbia Securities Commission

**BEHG** Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz; SR 954.1)

**BEHV** Verordnung über die Börsen und den Effektenhandel vom 2. Dezember 1996 (Börsenverordnung; SR 954.11)

**BGer** Bundesgericht

**Bst.** Buchstabe

**BVGer** Bundesverwaltungsgericht

**bzw.** beziehungsweise

**ca.** circa

**cf. / cfr.** confer / confronta

**CHF** Schweizer Franken / franchi svizzeri

**CNMV** Comissão do Mercado de Valores Mobiliários (Portugal)

**cpv.** capoverso

**d.h.** das heisst

**DUFI** Direkt unterstellter Finanzintermediär

**EFD** Eidgenössisches Finanzdepartement

**etc.** etcetera

**EU** Europäische Union

**FCA** Financial Conduct Authority (UK)

**FINMA** Eidgenössische Finanzmarktaufsicht / Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers / Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari / Swiss Financial Market Supervisory Authority

**FINMAG** Bundesgesetz vom 22. Juni 2007 über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz; SR 956.1)

**Forex** foreign exchange market

**GmbH** Gesellschaft mit beschränkter Haftung

**GwG** Bundesgesetz vom 10. Oktober 1997 über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Finanzsektor (Geldwäschereigesetz; SR 955.0)

**IFDS** intermédiaire financier directement soumis  
**i.V.m.** in Verbindung mit

**KAG** Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz; SR 951.31)

**LB** Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (loi sur les banques ; RS 952.0)

**LBA** Loi fédérale du 10 octobre 1997 concernant la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme (loi sur le blanchiment d'argent ; RS 955.0)

**LBCR** Legge federale dell'8 novembre 1934 sulle banche e le casse di risparmio (Legge sulle banche; RS 952.0)

**LBVM** Loi fédérale du 24 mars 1995 sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières (loi sur les bourses ; RS 954.1) / Legge federale del 24 marzo 1995 sulle borse e il commercio di valori mobiliari (Legge sulle borse; RS 954.1)

**let. / lett.** lettre / lettera

**LFINMA** Loi fédérale du 22 juin 2007 sur l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (loi sur la surveillance des marchés financiers ; RS 956.1) / Legge federale del 22 giugno 2007 concernente l'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (Legge sulla vigilanza dei mercati finanziari; RS 956.1)

**LSA** Loi fédérale du 17 décembre 2004 sur la surveillance des entreprises d'assurance (loi sur la surveillance des assurances; RS 961.01) / Legge federale del 17 dicembre 2004 sulla sorveglianza delle imprese di assicurazione (Legge sulla sorveglianza degli assicuratori; RS 961.01)

## Abkürzungen

---

**Ltd.** Limited  
**mia.** miliardi  
**Mio.** Million  
**Mrd.** Milliarde  
**OA-FINMA** Ordonnance du 5 novembre 2014 sur les audits des marchés financiers (RS 956.161)  
**OBCR** Ordinanza del 30 aprile 2014 sulle banche e le casse di risparmio (Ordinanza sulle banche; RS 952.02)  
**OR** Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht [Obligationenrecht; SR 220])  
**OS** Ordinanza del 9 novembre 2005 sulla sorveglianza delle imprese di assicurazioni private (Ordinanza sulla sorveglianza; RS 961.001)  
**PEP** personne politiquement exposée  
**RS** recueil systématique / Raccolta sistematica  
**Rz.** Randziffer  
**S.** Seite  
**SA** société anonyme / società anonima  
**SEC** Securities and Exchange Commission (USA)  
**SICAF** société d'investissement à capital fixe (Investmentgesellschaft mit festem Kapital)  
**sog.** sogenannt  
**SR** Systematische Rechtssammlung  
**SRO** Selbstregulierungsorganisation  
**ss** et suivants  
**StGB** Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)  
**TAF** Tribunal administratif fédéral / Tribunale amministrativo federale  
**TF** Tribunal fédéral / Tribunale federale  
**USA** Vereinigte Staaten  
**u.a.** unter anderem  
**v** vecchio  
**VAG** Bundesgesetz vom 17. Dezember 2004 betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz; SR 961.01)  
**vgl.** vergleiche  
**VwVG** Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz; SR 172.021)  
**z.B.** zum Beispiel  
**ZN** Zweigniederlassung

Herausgeberin:  
Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA  
Laupenstrasse 27  
CH-3003 Bern  
Tel. +41 (0)31 327 91 00  
Fax +41 (0)31 327 91 01  
[info@finma.ch](mailto:info@finma.ch)  
[www.finma.ch](http://www.finma.ch)